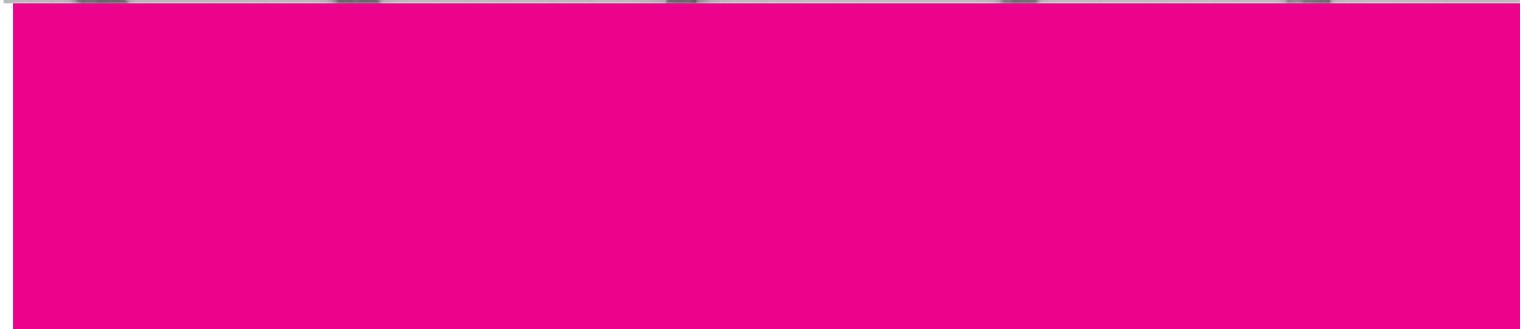


Zeitung der studentischen Selbstverwaltung

N<sup>o</sup> 83

HVCH

Humboldt Universität collected Highlights



Werte Leserschaft,

wie einigen vielleicht aufgefallen ist, trägt diese Publikation den Untertitel „Zeitung der studentischen Selbstverwaltung“. Das bezeichnet natürlich zunächst die organisatorische Struktur, deren Organ sie ist: die studentische Selbstverwaltung der Humboldt-Universität zu Berlin, genannt RefRat. Je öfter man den Begriff liest, desto auffälliger wird sein Oszillieren.

Die studentische Selbstverwaltung, die wir heute kennen, wurde in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts von Studierenden durchgesetzt, die an der Universität nicht von deren Apparat regiert werden wollten, sondern befanden, dass zu selbstständiger Bildung auch selbständige Organisation der eigenen akademischen Belange gehört. In diesem Sinne ist es eine Errungenschaft, dass Studierende heute durch ihre studentische Vertretung auf die Umstände ihrer Universität und ihres Studiums Einfluss nehmen können. Auch eine Struktur studentischer Selbstverwaltung, die zu verschiedensten Themen Beratung und Hilfe anbietet, ist mittlerweile unverzichtbarer Bestandteil der meisten Universitäten. Nicht zuletzt sind die Stellen der studentischen Selbstverwaltung für viele Studierende eine dringend benötigte Möglichkeit, den eigenen Lebensunterhalt zu verdienen. Gleichzeitig lernen wir durch das Engagement in Fachschaften, Initiativen und Gremien, uns selbst nicht nur als Teil einer universitären Struktur, sondern als Individuen aufs Beste zu verwalten und auf unsere zukünftige Verwertung vorzubereiten. Wir gewöhnen uns daran, ständig zu prüfen, ob wir wie in einem Computerspiel alle versteckten Punkte eingesammelt haben und von allen cheats wissen. Es ist gar nicht schwer, in der Verwaltung sich einzurichten, das Taktieren und Finten erfinden bald als Lebensstil zu pflegen und, während man den Schreibtischtigern der Universitätsverwaltung ein Schnippchen nach dem anderen zu schlagen versucht, die Streifenbildung im eigenen Fell zu übersehen.

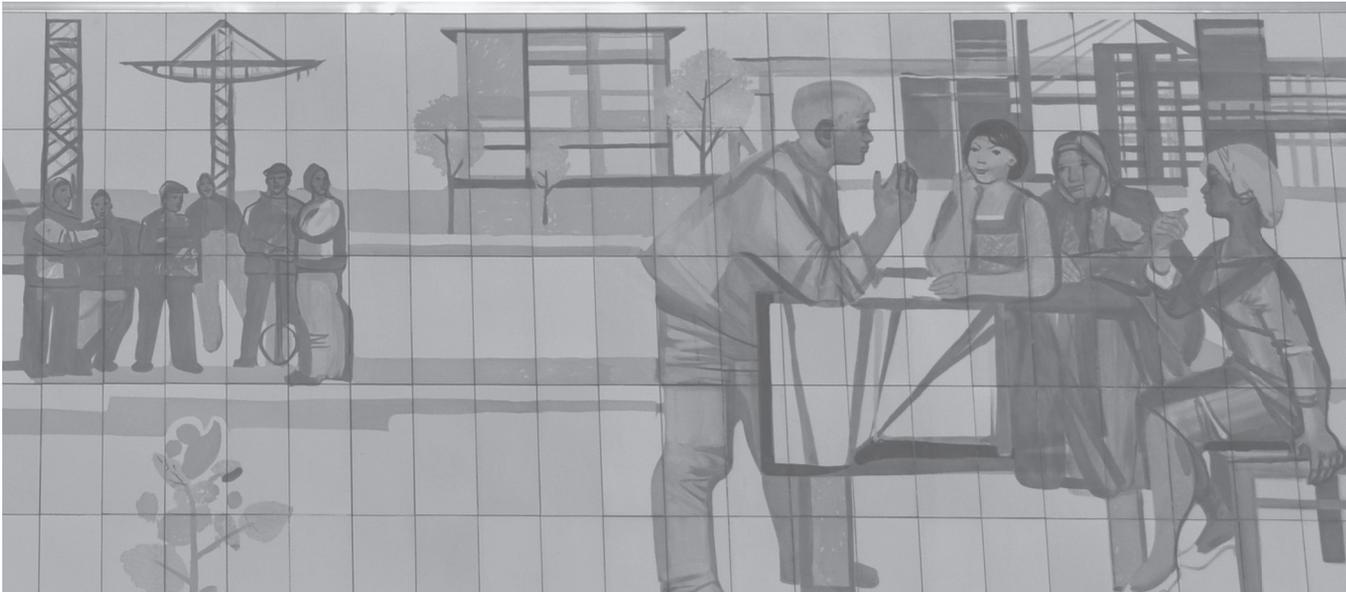
Was heißt es also, Zeitung – und allgemein Teil – der studentischen Selbstverwaltung zu sein? Es heißt vermutlich, sich auf lange Sicht nicht zuhause zu fühlen in der Organisation, von der man abhängt; sich eben diese Abhängigkeit stets ins Bewusstsein zu rufen. Gleiches müsste gelten für jede kritische Existenz an und in der Universität. Gute Selbstverwaltung könnte eigentlich heißen: der ständigen Verwaltung des Selbst den Kampf anzusagen.

Mit besten Wünschen für das neue Semester,

*die Redaktion*

- S. 3 *Selbstverwaltungsverweigerung*
- S. 5 *Besser. Bei der freundschaftlichen Besprechung...*
- S. 6 *Studentische Selbstverwaltung*
- S. 8 *La batalla de Chile*
- S. 10 *Studieren im Ausland: Ayotzinapa (Mexiko)*
- S. 12 *Bis hierher und nicht weiter – der Berliner TVStud*
- S. 18 *Weil auch Du ein Arbeiter wirst... technologischer Fortschritt und Universität*
- S. 22 *Tinder*
- S. 24 *Comic*
- S. 25 *Rezensionen*
- S. 28 *Keston Sutherland zu: Revolution and/or Poetry*
- S. 30 *Orientierungswoche*
- S. 31 *Termine*

# Selbstverwaltungsverweigerung



„1933 wär'n sie alle Nazis gewesen“

Koljah, Antilopen Gang, Fick die Uni 2009

Studentische Selbstverwaltung; das klang schon 68 nicht mehr nach Autonomie, nicht nach Kant nicht nach Mündigkeit. Doch die Fähigkeit des Eingedenkens war schon damals so gründlich ausgetrieben, dass sich die, die sich seinerzeit aufschwangen sich selbst zu verwalten einfach nicht daran erinnern konnten, dass die deutsche Studentenschaft als völkische Avantgarde schon 1931, zwei Jahre bevor auch der Rest Deutschlands nachzog, mehrheitlich den Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund gewählt und ein Mitglied der NSDAP zum Vorsitzenden der Deutschen Studentenschaft gemacht hatte.

Immerhin schien der Begriff im Zeitalter der „verwalteten Welt“ mittels der Vorsilbe „Selbst“ noch einen Widerspruch zu den bestehenden Verhältnissen zu markieren, was auch die ambivalente Beziehung Adornos zur Studentenbewegung erklären helfen mag. Heute, in Zeiten neoliberal postmoderner Vergesellschaftung, die sich kaum noch jemand optimistisch als Spätkapitalismus zu bezeichnen traut, ist die verwaltete vollends zur selbstverwalteten Welt geworden. Das Werk Foucaults plaudert, wenn auch in der affirmativen Terminologie der Deutschen Ideologie, diesen Übergang aus. In den Asten, Fachschaften und Hochschulgruppen des Landes erlernen die Studierenden die soft skills, die sie für den Kampf um die letzten Arbeitsplätze, welche immer mehr nach Kreativität und Teamfähigkeit verlangen, so dringend brauchen. Wer seine Reflektionsfähigkeit schon einmal zur Vorstellung des AStA bei den Ersti-Tagen auf 10 Folien einer Powerpoint-Präsentation zusammengeschrumpft hat, dem gelingt dies auch spielend bei einem

unbezahlten Praktikum in einem der unzähligen Berliner Startup-Unternehmen oder gleich im befristeten Angestelltenverhältnis an der Universität. Irgendwo zwischen verschämt und ironisch grinsend gibt, bezogen auf das Hochschulrahmengesetz von 1976, die AStA-Webseite des Karlsruher Instituts für Technologie zu: „Eine völlige Abschaffung der Studentischen Vertretungen erwies sich als unmöglich durchsetzbar, also wurde ein Kompromiss gefunden. Es gibt studentische Vertreter in den offiziellen Gremien der Universität, aber in so geringer Anzahl, dass die keinen „Schaden“ anrichten können.“<sup>1</sup> Die ASten werden hauptsächlich von Leuten bevölkert, die schon auf dem Gymnasium in der Schülervertretung waren und schon dort sich nicht davon abschrecken ließen, dass Schülervertretungen bestenfalls über die Farbe von Gardinen zu entscheiden haben, wenn ausnahmsweise mal Geld für diese da ist. Die schulische Selbstverwaltung ist Vorbereitung auf die studentische und jene auf die poststudentische – ganz so wie die schulische Elendsverwaltung Vorbereitung auf die studentische und jene auf die poststudentische Elendsverwaltung ist.

Selbstverwaltung, Zurichtung zum postmodern neoliberalen Nicht-Subjekt, lässt sich aber nicht nur in explizit auf Verwaltung angelegten Gremien wie den ASten beobachten. Auch da, wo sich Studenten außerhalb der offiziellen Strukturen organisieren, scheinen sie häufig den Imperativ der neoliberalen Wertvergesellschaftung in vorausweisendem Gehorsam zu exerzieren. Wenn sich ihre Wut auf das Bestehende solcherart Bahn bricht, dass sie einem fürchterlich deutschen Sozialdemokraten wie

Professor Herfried Münkler ausgerechnet dafür denunzieren, dass er er mit Kant und Rousseau zwei weiße europäische Männer auf den Lehrplan setzt, befördern sie den Trend zur Verdrängung des aufklärerischen Erbes zugunsten der auf dem Arbeitsmarkt, je nach akademischer Marotte, als brauchbarer erscheinenden Diskursanalyse oder statistischer Kompetenzen.

Nicht nur in den von critical whiteness und queer-Theorie geprägten Gruppen, sondern auch in dem sich auf Ideologiekritik berufenden Umfeld scheint die postmoderne neoliberale Zurichtung im Studentenmilieu vorangeschritten. Wolfgang Pohrt hat schon 1984 beim Hamburger Adorno-Symposium auf den „Glücksfall Adorno“ verwiesen. „Zum persönlichen Vorbild genommen aber mußte der arrivierte Rebell oder der entschiedene Staatsfeind auf dem Lehrstuhl seine Schüler in beträchtliche Schwierigkeiten bringen, weil sich der Glücksfall Adorno, entschieden dagegen zu sein und hochzukommen, nicht planen und wiederholen läßt. Im Unterschied zum Lehrer, dem durch seltenen Zufall beides gelungen war, wird der Schüler sich entscheiden müssen, ob er dem Staat dienen oder ihn kritisieren will, denn normalerweise pflegt dieser sich für radikale Kritik an ihm nicht durch Vergabe privilegierter Jobs zu revanchieren.“<sup>2</sup> Heute, noch einmal 31 Jahre nach der Polemik Pohrts, haben sich die Schüler ganz gegen die Kritik am Staat und für die Aussichten auf die ohnehin nicht mehr ganz so privilegierten Jobs entschieden. Das von antideutschen Kiddies und ideologiekritischen Studenten wie ein Werbeslogan auf dem Jutebeutel durch die Straßen Berlins getragene „es gibt kein richtiges Leben im Falschen“ bedeutet für sie nur noch ein von Achselzucken begleitetes „es läßt sich eh nichts ändern“. Damit konfrontiert, dass in Griechenland die Kindersterblichkeit mit der Krise gestiegen ist, reagiert man mit der Feststellung dass Syriza ja aber auch völkisch und keine Lösung sei und geht zurück in seinen Adorno Lesekreis. Eben das, wogegen der in diesen Lesekreisen Exegierte bis in die Formulierung jeder einzelnen Zeile hinein sein Werk versucht hatte abzuriegeln, nämlich das einverständene Gleichgültigsein gegenüber den bestehenden Verhältnissen, ist, wo sein Denken nicht schon in die konformistische Rebellion der Postmoderne schlecht aufgehoben ist, zur gängigen Interpretation seines Werks geworden. Der von Pohrt während der 80er Jahre in seinen Essays belächelte biedermeierliche Rückzug in die Kuscheligkeit der Landkommune, welcher inzwischen in Form der Grünen und der Ökosupermärkte seine logische Vermittlung mit dem Kapital vollendet hat, wiederholt sich an ideologiekritischen Lesekreisen und Partys in einschlägigen Lokalitäten. In Letzterem, dem kulturindustriell vermittelten Partymachen in Clubs oder auf der StuPa-Party, wird der im vorausseilenden Gehorsam exorzierte Imperativ der neoliberalen Vergesellschaftung sich kritisch wählender Studenten sogar noch offensichtlicher als im Lesekreis. Wenn man auf der StuPa-Party den antideutschen Smash-Hit Fick die Uni grölt, ist mit der zu Fickenden weniger die Denkfabrik gemeint, in die man ja doch die Hoffnung setzt, dass sie irgendwann mal das

eigene Einkommen deckt, sondern jene linken Studenten, die sich in Strukturen studentischer Selbstverwaltung organisieren. Und zwar nicht, wie die zutreffende Nachrationalisierung suggeriert, weil deren Revolte eine konformistische ist, sondern weil ihre falsche Kritik am Kapitalverhältnis an die eigene mangelhafte Kritik an Staat und Kapital und somit letztlich an die eigene reale Ohnmacht erinnert.

Wollte man sich nicht in den kargen Büroräumen der ASten auf den coworking space vorbereiten und weder sich in die postmoderne konformistische Revolte einreihen noch im gleichgültigen Zynismus der antideutschen Ideologiekritiker verlieren, so ließe sich dem Begriff der studentischen Selbstverwaltung jener der Selbstverwaltungsverweigerung entgegensetzen. Er soll hier negativ in Bezug auf seine Grenzen eingeführt werden. Es sei also auf die Aporie des Begriffs verwiesen. Das Odysseus-Kapitel der Dialektik der Aufklärung verdeutlicht, dass Selbstverwaltungsverweigerung immer ein gewisses Maß an Selbstverwaltung verlangt. So wäre ein strategischer Ausgangspunkt für die Selbstverwaltungsverweigerung die Maßnahmen gegen die Gewalt aus den Brechtschen Geschichten vom Herrn Keuner. Wie Egge buckelt, ohne Ja zu sagen, um letztlich Nein sagend über den Agenten triumphieren zu können, kann auch die Selbstverwaltungsverweigerung nicht umhin, sich der modernen Techniken der Selbstverwaltung zu bedienen.

Zurück den studentischen Selbstverwaltern von 1968. Was Adorno in Bezug auf sie zu Ambivalenz veranlassete, dessen könnte heute durch Selbstverwaltungsverweigerung eingedacht werden. In der Forderung nach Selbstverwaltung lag damals noch die Hoffnung, nicht von jemanden andrem oder etwas anderem verwaltet zu werden. Heute heißt sie bestenfalls noch, nicht so dermaßen verwaltet werden zu wollen. Man macht es lieber gleich selbst.

*Johannes Neitzke*

Fußnoten:

<sup>1</sup> [http://www.asta-kit.de/wiki/geschichte:studentische\\_selbstverwaltung](http://www.asta-kit.de/wiki/geschichte:studentische_selbstverwaltung)

<sup>2</sup> W. Pohrt, *Der Staatsfeind auf dem Lehrstuhl*, in *Hamburger Adorno-Symposium*, Dietrich zu Klampen Verlag, 1984

# BESSER

Bei der freundschaftlichen Besprechung einer Hausarbeit

„Das ist schon ganz gut. Allerdings meine ich, daß da, wo es Dir um die Wandlung ging von der Rolle der Frau im vorbürgerlichen Haushalt – also, Du weißt schon, wo sie sozusagen gerade mal die Bücher des Mannes, des damals ja noch Patriarchen, der aber doch auch schon seine ökonomische Lebensgrundlage verloren hatte, ohne dessen gewahr zu werden – also, Du weißt schon, die Frau vorher – sozusagen – als Putze, also, wo die dann angefangen hat – sozusagen – gewissermaßen beim Staubwedeln, beim Putzen mal so ein Buch in die Hand genommen hat und dann – das ist ja schon so eine Art Erweckerlebnis, egal, wie kritisch wir das heute vielleicht sehen mögen, wegen Auschwitz, sozusagen, also, daß Du an der Stelle, also, ich würde meinen, daß Du, wenn Du diese konkrete Frau vor Augen hast, und ja auch Deinem Leser vor Augen stellst, daß Du, hatt' ich ein bißchen den Eindruck, beinahe sozusagen etwas flapsig da rangehst, weil es macht ja, also – ich finde Deine Arbeit gut, wirklich – aber es macht dann doch vielleicht einen Unterschied, ob sie dann Hildegard von Bingen, die, ich weiß, ja auch sozusagen ihre frühfeministischen Aspekte hat, unwidersprochen, ob sie also die Bingen aus dem Regal holt, oder, ich weiß nicht, oder sagen wir mal den Bukowski. Na ja, der hat ja damals noch nicht geschrieben.“

Oh, wie ich Euch liebe.

*Bernd Volkert*



# Studentische Selbstverwaltung

Der Terminus der studentischen Selbstverwaltung ist frei von Reiz, sprachlichem wie sachlichem. Doch bevor in scheinbar freier Unmittelbarkeit der Nutzen von Verwaltung bestritten werden kann, muss man fragen: »Wer – wen?« Wer wird verwaltet, wer verwaltet? Die studentische Selbstverwaltung ist zuerst zu unterscheiden von der Universitätsverwaltung. Diese ist mit Blick auf die befreite Gesellschaft ebenso unnötig wie die Verwaltung der Arbeiter einer Fabrik. Doch wie die Vorarbeiter und leitenden Angestellten im Betrieb sich verantwortlich zeigen, einen Interessenkonflikt zu befrieden, so vermittelt die Universitätsverwaltung zwischen staatlichen und ökonomischen Anforderungen und Direktiven und den artikulierten Interessen der Mitglieder der Universität. Nun sind die Studenten an der Hochschule aber ein eigenartiges Mischwesen, sind sie zwar in der Institution, aber kein Teil ihres Betriebs, nicht einmal ihr Kunde, wenn man das vergleichen mag, eigentlich ihr Anhängsel.

Es ist üblich, von den Studenten als einer Interessengruppe zu sprechen. Das hat seine Berechtigung in dem Falle, wenn Studenten an der Hochschule gegen Verwaltung, Professoren oder den Mittelbau ihre Interessen innerhalb der Institution vertreten. Es ist allerdings ebenfalls üblich geworden, von Studenten zu sprechen, wenn sie nicht als Statusgruppe in der Hochschule gemeint sind, beispielsweise als eine Gruppe in einer Stadt wie Berlin oder gar als eine gesellschaftliche Gruppe. Die Hochschule fasst, indem sie Studenten in Abgrenzung zu Mitarbeitern kennt, Mitglieder verschiedener gesellschaftlicher Klassen als Institution zusammen. Studenten nehmen in gewisser Weise eine Dienstleistung entgegen, die an der Hochschule angeboten wird: berufliche Qualifikationsmaßnahmen, früher Bildung genannt, wobei mit gewissen Abstrichen dasselbe gemeint war.

Indem Studenten gleichförmig die Universität wie einen Dienst gebrauchen, erscheinen sie ähnlich in ihrem Handeln, Wollen, Sein. Das täuscht. Die Tatsache, dass das Gleiche konsumiert wird, sagt über Zwecke und Voraussetzungen der Einzelnen nichts. So zeigt sich, dass einerseits die Hochschule von verschiedenen Klassen in Form ihrer Studenten genutzt wird und andererseits die Studenten wiederum verschiedentlich genutzt werden – von besserer Hausfrauenbildung in den vermögenden Klassen bis zur Bereitstellung kostenfreier Praktikanten im kleinbürgerlichen oder Etablierung eines Niedriglohnssektors außerhalb der Universität im proletarischen Milieu. Während ein Teil der Studenten von ihren Eltern

finanziert die Universität besuchen, lässt sich ein anderer Teil zu niedrigem Lohn in der Gastronomie oder im Sonderforschungsbereich ausbeuten. (Geld von ihren Eltern bekommen 87% der Studenten, einen Job neben dem Studium haben 63%, 32% erhalten Förderung nach dem BAföG und 4% ein Stipendium.)

Worauf spekulieren Studenten? Auf die zukünftige profitable Anwendbarkeit ihrer qualifizierten Arbeitskraft bei hoher Entlohnung. Manche können sich dessen eher, andere weniger gewiss sein. Doch dafür wenden sie alle ihr Vermögen auf, soweit ihre Eltern es haben oder der Staat es ersatzweise zur Verfügung stellt. Alle sind sie in eine kleinbürgerliche Existenz gezwungen, die bedeutet, dass am Ende ihrer Investitionen, ihrer Mühen, ihrer Entbehrungen – und alles ohne Lohn – ein Gewinn steht, ja stehen muss, leitender Angestellter, Beamter, Manager. Ein großer Teil des Unbehagens heutiger Studenten ist sicherlich weniger den Bologna-Reformen geschuldet, sondern dem Zweifel, ob am Ende aller peinlichen Performances, allen Opportunismus, aller Kriecherei überhaupt noch etwas zu gewinnen ist. Und bei aller Weigerung, die eigene schmachvolle Existenz zur Kenntnis zu nehmen, bei allen Versuchen, sich selbst zur Elite von morgen zu stilisieren, setzt sich doch die Erkenntnis durch, dass für viele in der großen Lotterie des Studentenlebens am Ende nur Nieten bleiben. Doch es gilt die Unterschiede zu beachten. Während die proletarischen Schichten zuerst, dann die kleinbürgerlichen auf der Strecke bleiben, hat die großbürgerliche Klasse – nach jüngsten Studien wie in der Soziologiezeitschrift »Soziale Welt« – beispielsweise die Professorenstühle fest in Beschlag, fester als noch in den 70er und 80er Jahren, als in der Bundesrepublik von einer »Verkleinbürgerlichung« der Universität die Rede war.

Es gibt aber nicht nur die Konkurrenz der Studenten aus verschiedenen Klassen an der Universität, sondern vor allem einen Überschuss an zur Verfügung stehenden Arbeitskräften. An der Hochschule stehen außer den Professorenstellen für die Angehörigen der entsprechenden Klasse keine unbefristeten Arbeitsmöglichkeiten bereit. Das ist bekannt, aber es wird ungern öffentlich gesagt. Aus dem Überschuss an wissenschaftlicher Arbeitskraft und dem Zwang zur Professur verbunden mit der strukturellen Unmöglichkeit, diese zu erreichen, folgt eine Deprofessionalisierung der Produktion. Was hergestellt wird, taugt wenig. Unglaublicher Druck, akademischen Moden oder den Drittmittelgebern zu folgen, und keine Zeit zur Entwicklung von Gedanken führen zu Phrasen



und permanenter Wiederholung desselben Schrotts. Weil Qualität an der Hochschule weniger zählt als Quantität, ist das Produkt unter den objektiven Möglichkeiten. Das führt zu Zynismus und Karrierismus. Zynismus der Sache nach, Karrierismus mit allen Mitteln außerhalb der Sache. Die Konkurrenz verwirklicht sich nicht durch die Sache, sondern außersächlich, sie wird neofeudal vermittelt. Deswegen fehlt es sogar an bürgerlichem Bewusstsein an der Universität. Verklärende Ideologie ist weit verbreitet, sei es über die »gemeinsame Lebenswelt Universität« oder über »Wissenschaft als Berufung« statt als Beruf. Romantische Ideologie und intrinsische Motivationen zeigen einen hohen Ausbeutungsgrad bei gleichzeitiger Weigerung, die Welt mit nüchternen Augen anzuschauen.

Wie steht die studentische Selbstverwaltung zu dieser Gemengelage verschiedener Interessen, dem sozialen Kräfteverhältnis in und außerhalb der Universität? Unterschiedlich. Während Teile der Universitätsverwaltung und der Studentenschaft auf eine Umwandlung in eine Serviceagentur mit beschränktem politischen Mandat drängen, halten andere Teile ein politisches Handeln für unabdingbar. Mutmaßlich läuft auch dieser Konflikt in den Bahnen des Klassenverhältnisses. Eine studentische Selbstverwaltung, wie sie zu wünschen wäre, würde die

Rede von den Studenten nur führen, wo sie sinnvoll auf eine Konstellation in der Hochschule verweist. Ansonsten wird man die zutreffenden soziologischen Kategorien verwenden müssen, um nicht an der Ideologisierung der Verhältnisse mitzutun. Wenn sich Studenten, zum Beispiel wenn ein Fachbereich geschlossen werden soll, in einer Koalition mit ihnen ansonsten nicht unbedingt wohlgesonnenen Kräften, zum Beispiel Professoren, wiederfinden, so soll das die Koalition nicht verhindern. Aber das Bewusstsein, dass diese Konstellation von kurzer Dauer ist und andere von längerer Dauer sind, sollte nicht aufgegeben werden. Anders gesagt: An der Hochschule muss es überhaupt erst noch erworben werden. Und im Seminar wird man es nicht lernen. Am ehesten vielleicht noch mit den Mitteln der studentischen Selbstverwaltung. Denn wer »der Verwaltungsmittel und Institutionen unbeirrbar, kritisch bewusst sich bedient, vermag stets noch etwas von dem zu realisieren, was anders wäre als bloß verwaltete Kultur. Die minimalen Unterschiede vom Immergleichen, die ihm offen sind, vertreten, wie immer auch hilflos, den ums Ganze; in den Unterschied selber, die Abweichung, hat Hoffnung sich zusammengezogen.«, schrieb Theodor W. Adorno 1960.

*Referat für Internationales*

# La batalla de Chile<sup>1</sup>:

## Episode IV – Eine neue Hoffnung

Chile wird weithin als das Musterland des Neoliberalismus gehandelt. Die 17 Jahre währende Militärdiktatur von Augusto Pinochet – die eingerichtet worden war, um dem Land das Gespenst des Kommunismus auszutreiben, das sich ehemals ernstlich zu manifestieren gedroht hatte – verfuhr nämlich dabei nach Weisungen der sogenannten Chicago-Boys, die vorsahen, die für den Exorzismus absolut obligatorische Marter mit dem Kreuz Christi um extensive Privatisierungs- und Deregulierungsmaßnahmen zu ergänzen.

Von diesen Maßnahmen war auch das chilenische Bildungssystem betroffen. So wurden unter anderem Lehrbeauftragte und Student\_innen, die mit kommunistischer Theorie und Praxis in Verbindung gebracht werden konnten, entlassen bzw. exmatrikuliert sowie verhaftet, gefoltert und zum „Verschwinden“ gebracht, die FECh (Federación de Estudiantes de Chile) verboten, die Errungenschaft kostenloser Hochschulbildung rückgängig gemacht und die Verantwortung für die staatlichen Schulen auf die Kommunen übertragen. Letzteres führte zu einer Verelendung der Schulbildung insbesondere in ländlichen Regionen und bevorteilte generell die teuren Privatschulen in dem proklamierten „Wettbewerb“ unter sämtlichen Bildungseinrichtungen.

In den ersten Jahren nach Ablösung der Diktatur durch die sozialdemokratische Concertación 1990 schien diese neoliberale Rundum-Kur tatsächlich angeschlagen zu haben. Die inzwischen wieder legalisierte FECh zeigte sich desorientiert und verwirrt, in erster Linie aus dem Grund, dass die unter Pinochet oppositionelle Concertación den Liberalisierungskurs unverhohlen fortsetzte und auch keinerlei Anstalten machte, die Verfassung anzutasten. In diese waren noch am Vorabend des Machtwechsels Gesetze diktiert worden, welche die soziale Herrschaft der Bourgeoisie in Chile weiterhin garantieren sollten, deren Macht im Staat nun nicht mehr vom rechten Militär verbürgt sein würde.

Es sollte jedoch nur eine Frage der Zeit sein, bis sich der Widerstand neu formieren und bis vollends auffliegen

würde, dass die „Gesellschaft der Möglichkeiten“, die jedem, der fleißig seine Ausbildung absolviert, den sozialen Aufstieg versprach, im Gegenteil die Trennung der arbeitenden Bevölkerung vom gesellschaftlichen Reichtum noch intensiviertere. Als sich die Ernüchterung der Chilenen über ihre Regierung 2009 in einem Wahlsieg der rechtsliberalen Alianza por Chile – der legitimen Erbin Pinochets – niederschlug, sollte endlich auch der moralische Druck von Seiten der Concertación, die immerzu betont hatte, selbst Opfer der Diktatur gewesen zu sein, von der inzwischen radikalisierten und reorganisierten Studentenschaft abfallen.

Besondere Erwähnung gebührt an dieser Stelle dem Milliardär Sebastián Piñera aufgrund seiner komischen Missgeschicke in der Rolle des neuen Präsidenten von Chile. So nahm er im Jahr seines Amtsantritts in klassisch nationalistischer Manier die Rettung von 300 verschütteten Minenarbeitern zum Anlass, zu behaupten, „das chilenische Volk“ sei noch niemals zuvor „so geeint und damit so stark“ gewesen. Der Witz ist, dass die besagten Arbeiter deutlich anderer Meinung waren und sich entschlossen, den Staat zu verklagen, weil dieser seiner Aufsichtspflicht über das Unternehmen nicht nachgekommen sei, welches sie trotz zahlreicher Sicherheitsmängel in der Mine hatte schuften lassen. Piñeras felsenfestes Grinsen aber konnte dem gerade noch standhalten.

Einen ähnlich misslungenen Spaß erlaubte er sich 2011, als er zu gleichen Teilen zynisch wie hochtrabend mit der Proklamation des „Jahres der Hochschulbildung“ ein weiteres restriktives Reformpaket ankündigte und damit unbeabsichtigterweise die Aufmerksamkeit der gesamten Gesellschaft auf den zentralen Kampfplatz der folgenden Jahre lenkte. In diesem Jahr nämlich sollten die großen Studentenrevolten losbrechen. Schulen und Universitäten wurden besetzt. Schüler\_innen und Student\_innen organisierten tausende lokale Kongresse und Diskussionsrunden, durch die sich die Bewegung noch radikalisierte und die eine Vernetzung mit Eltern, Lehrer\_innen, Professor\_innen, streikenden Bergarbeitern, Gewerkschaften und den

indigenen Mapuche beförderte. Die Bewegung blickte nicht nur, sondern wuchs förmlich über den Tellerrand des Bildungssystems hinaus, arbeitete den Entwurf einer allgemeinen Steuerreform aus, forderte unter Anderem die Wiedereinführung des staatlichen Bildungswesens, Verstaatlichung des Kupfers wie unter Salvador Allende und ein Ende der Repression gegen die Mapuche. Sie erwirkte die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, der die Korruption in der Auftragsvergabe für den Bau von Schulen und Universitäten aufklären sollte, woraufhin mehrere Minister Piñeras ihre Ämter auf Grund aufgedeckter Interessenskonflikte niederlegen mussten.

Die Regierung sah sich gezwungen, einige Vertreter\_innen der Bewegung in Verhandlungen über den Staatshaushalt 2012 einzubeziehen. Diese wurden jedoch aufgrund der Unbeweglichkeit der Regierung in den wesentlichen Streitpunkten von der Bewegung aufgekündigt. Diesen harten Kurs konnte sie sich allemal erlauben: in einem im Oktober 2011 durchgeführten Plebiszit, an dem rund 10% der chilenischen Bevölkerung teilnahmen, schlossen sich fast 90% der Forderung nach kostenloser Bildung an. Die Herrschenden, die nun eher gewillt zu sein schienen, ihre noch verbliebene Popularität und die nächsten Wahlen zu verlieren, als ihre ökonomische Macht im Bildungs- und Finanzsektor zurückstutzen zu müssen, versuchten bei diesen Umfrageergebnissen nicht einmal mehr (Piñeras) gute Miene zu bösem Spiel zu machen, sondern forcierten offene Repression.

Wegen der andauernden Mobilisierung bei gleichzeitigem Ausbleiben konkreter Erfolge ermattete inzwischen die Bewegung und um ihrer völligen Aufreißung entgegenzuwirken, wurde entschieden, „eine Etappe der Reflexion, der Debatte und der Neuaufstellung“ einzulegen, so Karol Cariola, eine der Anführer\_innen der Student\_innen. Seither hat es die Bewegung nicht wieder geschafft, zu ihrer Höchstform von 2011 aufzulaufen. Die von den Medien zur Galionsfigur der Proteste erkorene Camila Vallejo musste beklagen, dass sie aus einer sozialen in eine studentische Bewegung zurückgefallen waren. Sie stellte fest, dass auf Grundlage der Verfassung Pinochets keine Veränderung in ihrem Sinne erreicht werden könnte, und plädierte daher für die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung.

Die nun wieder oppositionelle, stets noch opportunistische Concertación stimmte – nachdem sie 20 Jahre lang nichts dergleichen unternommen hatte – dieser Forderung nach einer neuen Verfassung zu und kündigte an, dieses Projekt im Falle ihrer Wiederwahl in Angriff zu nehmen, jedoch ausdrücklich nicht auf dem Wege einer konstituierenden Versammlung, sondern innerhalb der bestehenden Institutionen. Aufgrund bestimmter Vorkehrungen in der weiterhin gültigen Verfassung Pinochets wäre das allerdings eine Sache der Unmöglichkeit.

Ungeachtet dieser Farce konnte sich die Sozialdemokratie bei den folgenden Wahlen im Jahr 2013 durchsetzen und das neue Parlament einige Vertreter\_innen der Bewegung vereinnahmen. Derweil verschob sich allerdings die Hegemonie innerhalb der FECh von der parteinahen kommunistischen Jugend auf linksradikale Gruppen, welche

den parlamentarischen Weg rundheraus ablehnen. Und auch der chilenische Historiker Gabriel Salazar setzt seine Hoffnung auf die Entwicklung basisdemokratischer Gegenmacht: „Wir sehen eine zweite Macht entstehen. Heute will jeder Souverän sein, mitbestimmen. Es gibt Hunderte von autonomen Stadtteil- oder Kommunalversammlungen, es gibt mindestens sieben regionale Versammlungen, mit denen sich die Regierung gezwungen sieht, zu verhandeln, obwohl solche Versammlungen nicht in der Verfassung vorgesehen sind.“

Mindestens so interessant wie der Fortgang dieser Geschichte ist jedoch, wie es überhaupt so weit hat kommen können im Musterland des Neoliberalismus. Es wird hier häufig übersehen, dass die Studentenproteste von 2011 nicht aus dem Nichts über Chile hereingebrochen sind. Bereits 2006 erlebte es nämlich einen beträchtlichen, von den Schüler\_innen des Landes ausgehenden Aufstand, der unter dem Namen *Revolución Pinguina* bekannt wurde. Die Schüler\_innen, die in ihren Uniformen demonstrierten und ihre Schulen besetzten, erinnerten nämlich an die bäuchlings weiß gefiederten Pinguine in ihren schwarzen „Fräcken“.

Bei den Student\_innen von 2011 handelt es sich namentlich um die erwachsen gewordenen Pinguine von 2006. Sie konnten sichtlich von den während ihrer Schulzeit erworbenen Erfahrungen in Sachen Basisorganisation profitieren und verfügten bereits über ein gesundes Maß an Misstrauen gegenüber der offiziellen Politik, welche ihre Initiative 2006 mit einem billigen Trick abgesehen hatte. Dieser Umstand bestätigt, was zu vermuten und angesichts unserer derzeitigen Aufstellung zu befürchten gewesen ist: nämlich dass die strategischen und organisatorischen Kompetenzen, die für den politischen Kampf – und letztendlich für die soziale Revolution – von Nöten sind, nicht einfach im rechten Augenblick vom Himmel fallen werden, sondern ihrerseits bereits im Voraus von uns angeeignet werden müssen. Der Moment der Wahrheit darf uns nicht unvorbereitet antreffen. Die Kenntnisse des Kampfes aber erringen wir nirgendwo anders als in der Praxis des Revolte selbst.

*Bartie Carp*

<sup>1</sup>: *La batalla de Chile* (dt. *Die Schlacht um Chile*) lautet der Titel einer Dokumentarfilm-Trilogie von Patricio Guzmán, die das revolutionäre Projekt Anfang der 70er Jahre in Chile sowie dessen militärische Zerschlagung 1973 schildert. In Chile unterliegen die Filme bis heute der staatlichen Zensur.

# Studieren im Ausland: Ayotzinapa (Mexiko)

In einer regelmäßigen Reihe dokumentiert das Referat für Internationales Texte von oder über Studentenbewegungen anderer Länder. In diesem Fall erinnern wir an die Entführung und Ermordung unserer mexikanischen Studiengenossen der pädagogischen Fachschule »Raúl Isidro Burgos« in Ayotzinapa vor einem Jahr, am 26. September 2014.

»Sie hatten Spenden gesammelt, um zu einer Demonstration nach Mexiko-Stadt zu fahren. Dort wollten sie am 2. Oktober an einem Marsch zum Gedenken an das Massaker von Tlatelolco von 1968 teilnehmen, bei dem mindestens 300 friedlich demonstrierende Studenten vom Militär ermordet worden waren. Doch dann kam alles anders: Die jungen Männer, die vor knapp drei Wochen in der Stadt Iguala im süd-mexikanischen Bundesstaat Guerrero ein paar Pesos Unterstützung gesucht hatten, wurden offenbar selbst Opfer eines Massenmords. Polizeibeamte hatten am 26. September drei Busse gestoppt, die von den Studenten der pädagogischen Fachschule Ayotzinapa »beschlagnahmt« worden waren, um nach Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften nach Hause zu kommen. Die Polizisten eröffneten das Feuer. Kurz darauf beschossen Killer der kriminellen Organisation Guerreros Unidos (Vereinigte Krieger) einen weiteren Bus und ein Treffen der Studenten. Sechs Personen starben, 43 verschwanden. [...] Sobald die internationale Aufmerksamkeit wieder abgeklungen ist, wird sich in der Regierung niemand mehr für die Toten und ihre Mörder interessieren. Genauso wenig wie für jene Polizisten, die im Dezember 2011 zwei Ayotzinapa-Studenten erschossen. Bis heute sind die Verantwortlichen nicht strafrechtlich verfolgt worden. Beim damaligen Einsatz trugen die

Beamten auch Sturmgewehre vom Typ G36 des schwäbischen Rüstungsunternehmens Heckler & Koch, die illegal an die Polizeibehörden des Bundesstaats geliefert worden waren. Welche Waffen die Mafiakiller und befreundete Polizisten dieses Mal benutzt haben, als sie die Studenten vor den bereits ausgehobenen Massengräbern töteten, ist noch nicht bekannt.« (Jungle World 42/2014) Seit 2011 verhandeln die deutsche und die mexikanische Regierung ein gemeinsames Sicherheitsabkommen zur Bekämpfung transnationaler Kriminalität, das unter anderem die Unterstützung der mexikanischen Polizei vorsieht. Auch gibt es eine »Exportinitiative Sicherheitstechnologie« der deutschen Bundesregierung. Ob die beiden Vorhaben die offizielle Lieferung deutscher Gewehre zum Mord an mexikanischen Studenten beinhalten, ist nicht bekannt. Doch die deutsche Regierung und die deutsche Rüstungsindustrie haben keine Skrupel, die Mörder in Regierung und Polizei zu unterstützen. »Genaue Zahlen sind nicht bekannt, doch kann davon ausgegangen werden, dass mindestens 1924 Sturmgewehre vom Typ G36 der Firma Heckler & Koch in Guerrero zirkulieren. Das Unternehmen mit Sitz im baden-württembergischen Oberndorf bekam Kaufanfragen aus 27 der 32 mexikanischen Bundesstaaten. Für vier Bundesstaaten wurde keine Exportgenehmigung seitens der Bundesregierung erteilt, deren Berichte ebenso Ungereimtheiten aufweisen wie die der mexikanischen Behörden. Dennoch fanden knapp 49,7 Prozent der exportierten Waffen zwischen 2006 und 2008 ihren Weg in drei dieser vier Bundesstaaten: Chihuahua, Guerrero und Chiapas. Der Taz liegen Informationen vor, laut denen bei der Durchsuchung des Waffenlagers des Polizeichefs von Iguala 228 Schusswaffen sichergestellt wur-

den. Darunter befanden sich ebenso 36 G36-Gewehre. Erneut kann davon ausgegangen werden, dass auch auf die sechs Ermordeten vom 26. September mit deutschen Waffen geschossen wurde.« (Jungle World 2/2015)

Im Oktober 2014 griff eine Gruppe Vermummter die Stadtverwaltung in Iguala an und setzte das Rathaus in Brand. »Dieses Gebäude taugt nichts mehr. Der ganze Apparat steht im Dienste der Narcos!«, rief ein Demonstrant. Im November »stürmten 500 Demonstranten das Regionalparlament von Guerrero in Chilpancingo. Sie legten Feuer im Plenarsaal und zündeten mehrere Fahrzeuge an. Bereits einen Tag zuvor hatten über 2000 Menschen dort den Regionalsitz der Regierungspartei PRI in Brand gesteckt und die Polizei angegriffen. Im Touristen-Hotspot Acapulco an Guerreros Küste blockierten mehrere hundert Menschen über Stunden den internationalen Flughafen. [...] Neben Hinrichtungen und Verstümmelungen ist das Verschwindenlassen von Menschen dabei die bevorzugte Form der Austragung gesellschaftlicher Konflikte. Allein in Guerrero sind dieses Jahr bereits 240 Menschen verschwunden, seit dem Amtsantritt von Peña Nieto 2012 sind es 9000 Menschen. Insgesamt sind seit Beginn des sogenannten Drogenkriegs 2006 mehr als 26000 Mexikaner auf ungeklärte Weise verschwunden. Hinzu kommen mindestens 70000 vermisste Transitmigranten aus Zentralamerika. In einem Interview mit der Deutschen Welle vom 11. November 2014 widersprach der Menschenrechtsanwalt Wolfgang Kaleck der in der Berichterstattung vorherrschenden Sichtweise, dass die Aktivitäten der mexikanischen Sicherheitskräfte und die der organisierten Kri-

minalität unterscheidbar seien. »Die Gewalt der Kartelle ist nicht unpolitisch«, so Kaleck. »Sie richtet sich inzwischen ganz deutlich gegen die indigenen Gemeinden, gegen Umweltaktivisten, Menschenrechtsanwälte und Gewerkschaften. Diese Gewalt entspringt den staatlichen Strukturen.« Auch die Vermissten von Ayotzinapa kommen mehrheitlich aus indigenen und kleinbäuerlichen Familien. Die pädagogische Fachschule von Ayotzinapa gilt zudem als linksgerichtet. Das Verschwindenlassen von Oppositionellen war auch eine zentrale Strategie des Terrors der lateinamerikanischen Militärdiktaturen in den sechziger bis neunziger Jahren. Die Mehrheit der Verschwundenen wurde entführt, gefoltert, ermordet und auf klandestinen Friedhöfen verscharrt. Allein in Argentinien ließ die Militärjunta zwischen 1976 und 1983 bis zu 30000 Menschen verschwinden. Die eigentliche Tragödie Mexikos ist daher, dass in sieben Jahren fast 100000 Menschen verschwunden sind, obwohl das Land eine repräsentative Demokratie ist.« (Jungle World 47/2014)

*Referat für Internationales*

# Bis hierher und nicht weiter

## Geschichte des Berliner Tarifvertrags für studentische Beschäftigte

Die Gewerkschaften ver.di (Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft) und GEW (Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft) planen für die kommenden Semester neue Verhandlungen über den Berliner Tarifvertrag für studentische Beschäftigte II (TV Stud II) aufzunehmen. Die letzten Verhandlungen zur Erneuerung des Vertrags scheiterten 2011 an der Kampfunwilligkeit der Betroffenen: der studentischen Beschäftigten. Dabei sind sie mit rund 6.000 eigentlich nicht wenige, die ein Interesse an der Verbesserung der eigenen Arbeits- und damit Lebensbedingungen haben müssten. Woher also diese Indifferenz gegenüber den eigenen grundlegenden materiellen Verhältnissen – wo man doch „die Student\_innen“ andauernd über steigende Mieten, Wohnraumangel, Stress, Überlastung und sonstige Widrigkeiten in Studium und Nebenjob jammern hört?

Neben vielen anderen Gründen, wie der allgemeinen Schwäche emanzipatorischer Bestrebungen heute, vor allem in der Bundesrepublik, scheint der Erfahrungsverlust durch Geschichtsvergessenheit vorrangig. Geschichtsvergessenheit ist ein Phänomen, welches das Kapital strukturell produziert und das keineswegs bloß eine Bewusstseinschwäche, sondern ein falsches Verhältnis zur Welt ist. Denn wie wir seit Hegel wissen, sind die gegenwärtigen Dinge vor allem das, was sie geworden sind. Fehlt das Wissen um die Entwicklung einer Sache, ist ihre Erkenntnis unvollständig. Vor Geschichtsvergessenheit sind auch diejenigen nicht gewahrt, von denen man meint, sie wären am gebildetsten: Studierende und Studierende. Der enorme Aufwand, der nötig ist, um die Absurditäten des akademischen Betriebs zu durchschauen und gegenüber seinen Anforderungen zu bestehen, verhindert es ziemlich effektiv, sich über dessen (Un)Sinn und Geschichte den Kopf zu zerbrechen. Die ungeheure Steigerung des Arbeitsaufwands im Studium und dessen Zerstückelung in zusammenhanglose Module, die die Bologna-Reform 2006 erzeugte, haben die Bedingungen für kritische Reflexion weiter gezielt zerstört. So verwundert es nicht, dass die meisten der studentischen Beschäftigten in Berlin die Standards des geltenden Tarifvertrags als Selbstverständlichkeit betrachten und dessen 10,98 € Stundenlohn angesichts der frisch eingeführten Lachnummer eines Mindestlohns gar als gnädige Gabe der Politik.

Hier mag es helfen, die Entwicklung des Berliner Tarifvertrages nachzuzeichnen, um einige Schlüsse für die anstehenden Kämpfe ziehen zu können. Dieser Rückblick soll zweierlei verdeutlichen:

Erstens ist das „Geschenk“ des Berliner Tarifvertrages weder vom Himmel gefallen noch eine Freundlichkeit des Staates (oder des Senats respektive der Universitätsleitung). Der Vertrag wurde in Arbeitskämpfen, die maßgeblich von Student\_innen geführt wurden, denjenigen abgerungen, die man viel zu lange schon und viel zu gerne als Arbeitgeber\_innen anspricht, wobei sie doch die Arbeit ihrer Angestellten anwenden, also nehmen – in diesem Falle dem Staat.

Zweitens zerfällt dieses Geschenk langsam; präziser müsste man sagen, dass die Berliner Regierung es Stück für Stück zerbricht. Bei den Betroffenen scheint dies weitestgehend unbemerkt zu bleiben, jedenfalls erzeugt es keine sonderlich große Gegenwehr. Dabei ist es wahrscheinlich, dass der Tarifvertrag entweder teils oder ganz von den Universitätsleitungen aufgelöst wird, wenn ein Kampf um seine Erneuerung und Verbesserung ausbleibt.

Es gilt also: „Die akademische, künstlerische, organische und sonstige Intelligenz Tag und Nacht nerven, bis sie wenigstens gewerkschaftliches Bewußtsein entwickelt, also endlich in den Kampf ums Einbehalten oder Zurückholen gestohlener Lebens- und Arbeitszeit eintritt, den weniger luftige Berufsgruppen seit 150 Jahren führen.“ (Dietmar Dath)

### Der erste (und einzige) Tarifvertrag für studentische Beschäftigte in der BRD

Der Berliner Tarifvertrag für studentische Beschäftigte stellt bundesweit eine Einmaligkeit dar: in keinem anderen Bundesland sind die Arbeitsbedingungen (Löhne, Mindestvertragslaufzeit, Urlaubsgeld etc.) der studentischen Beschäftigten tariflich festgeschrieben. Die einzige Regelung außerhalb Berlins ist eine Richtlinie der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, die Höchstsätze (!) für studentische Beschäftigte festlegt. Bis zur Einführung des Mindestlohns war deren Unterbietung in keiner Weise eingeschränkt.

Die Geschichte des Berliner Tarifvertrags ist nicht ohne diejenige des sogenannten Berliner Tutorienmodells zu denken. In den 50er und 60er Jahren waren aufgrund der sich ändernden organischen Zusammensetzung des Kapitals die westlichen Industriegesellschaften in einem Umbruch begriffen, den wir aus heutiger Sicht als den zu Dienstleistungsgesellschaften erkennen können. Damit ging ein Übergang einher von dem der Fabrik entlehnten Disziplinarregime hin zu einem am Unternehmen orientierten Kontrollregime und einer Verwissenschaftlichung der Produktion. Das änderte auch maßgeblich die Funktion und klassenspezifische Zusammensetzung der

Universitäten. Das neue Phänomen der Massenuniversität bedeutete, dass sich diese Ausbildungsstätten von den elitären für höhere Staatsbeamte und Funktionäre des Bürgertums in die scheinbar offeneren von Kleinbürger\_innen und Bürger\_innen verwandelten, die zu späteren leitenden oder mittleren Angestellten oder Beamten ausgebildet wurden.

Als Reaktion auf diesen Umbruch in der inneren Struktur der Universität und als Antwort auf die Forderungen der Student\_innenrevolte wurde 1969 eine umfassende Universitätsreform eingeleitet. Die Vorherrschaft der Ordinarien sollte zugunsten einer selbstbestimmten Ausbildung gebrochen, die Einschränkung des Zugangs zu den Bildungsstätten für eine Elite durch Chancengleichheit (über Abitur und Examen) ersetzt werden. Im Zuge dieser Reformen gelang es den studentischen Beschäftigten in Berlin, eigene Personalräte durchzusetzen, die die Belange der Beschäftigten ähnlich wie ein Betriebsrat vertreten. Auch das stellt, neben dem Tarifvertrag, bis heute bundesweit eine Ausnahme dar, denn in den restlichen Bundesländern sind die studentischen Beschäftigten entweder explizit von der gesetzlichen Personalvertretung ausgeschlossen oder ihr Mitbestimmungsrecht ist gravierend eingeschränkt.

Zumindest in West-Berlin wurde das Tutorienmodell im Laufe der 60er und 70er Jahre an allen Universitäten eingeführt. Grundprinzip von Tutorien ist, dass qualifizierte Student\_innen andere Student\_innen in Kleingruppen ausbilden. Dabei geht es vornehmlich um die Einführung der Studienanfänger\_innen in die verwirrende Struktur der universitären Einrichtungen, das Erlernen des wissenschaftlichen Jargons und die Vertiefung der Stoffe und Methoden von Lehrveranstaltungen regulärer wissenschaftlicher Mitarbeiter\_innen. Darüber hinaus gab es aber auch Tutorien, die nicht an die vorgegebenen Lehrpläne gebunden waren und in denen die Inhalte und Methoden frei gewählt wurden und die gemeinsame Arbeit selbstbestimmt ablief. Heute gibt es diese noch an der HU unter dem Namen Projektutorien. An der FU wurden sie 2002 abgeschafft.

Die Einführung von Tutorien nach dem Berliner Modell an den übrigen westdeutschen Universitäten wurde vom Kapital, beispielsweise der Ford Foundation und der Stiftung Volkswagenwerk mit Millionenbeträgen und von staatlicher Seite über Richtlinien der Kultusministerkonferenz unterstützt. Dies lässt auf die Wichtigkeit dieser Ausbildungsform für die neuen Anforderungen in der Mehrwertproduktion schließen. Teamfähigkeit, selbstständiges und aktives Arbeiten, Leistungssteigerung durch Identifikation mit der Arbeit, flache Hierarchien, die alle gleichmäßig am Produktionsprozess beteiligen (keinesfalls jedoch an den Produktionsmitteln), Kreativität, ständige, experimentell-gestützte Neuausrichtung von Methoden, Abläufen, Organisationsformen, Networking in den Kleingruppen etc. pp. – die Forderungen der Student\_innenbewegung wurden hier in einer Weise umgesetzt, die die kapitalistische Produktionsweise nicht wie beabsichtigt sprengte, sondern im Gegenteil nur ihre immanente Erneuerung zur post-fordistischen, heute als

neoliberal bekannten, herbeiführte. Dass das Tutor\_innenmodell einer Produktionsweise wie die Faust aufs Auge passt, die stärker als ihre vorhergehenden auf der permanenten Revolution der Arbeitsprozesse (im ideologischen Neusprech: Flexibilität) fußt, verdeutlichen die Aussagen der Präsidenten der FU und TU nach mehrjähriger Erfahrung.

„Das Tutorenprogramm dient der ständigen Hochschulreform durch Erprobung und Entwicklung neuer Strukturen, Organisationsformen, Lehrmodelle und Ausbildungsgänge in Kooperation aller am Lernprozess Beteiligten. Ziel der Tutorenarbeit ist es, die Ausbildung der Studenten zu selbständigem, kritischem Denken durch wissenschaftliches Arbeiten zu fördern. Sie liegt also nicht darin, durch bloß organisatorische Maßnahmen die Relation von Lehrpersonal und Studenten zu verbessern.“ (Rolf Kreibich, bis 1977 Präsident der FU, Vorlage zur Beschlussfassung für die 167. Sitzung des Kuratoriums der FU Berlin am 14.2.1972).

„Die Einführung des studentischen Tutors ist vielleicht die wichtigste strukturelle Änderung im Bereich der Lehre seit dem Kriege. Sie hat sich allgemein durchgesetzt und ist insbesondere in den Massenfächern aus dem Universitätsalltag nicht mehr wegzudenken. Die inzwischen ebenfalls weitgehend anerkannte Schwerpunktverlagerung von der großen Vorlesung zur Arbeit in kleinen Gruppen wäre ohne den Einsatz studentischer Tutoren nicht möglich gewesen und wird auch in Zukunft selbst bei noch so großzügiger Erweiterung des hauptberuflichen Lehrkörpers anders nicht möglich sein.“ (Alexander Wittkowsky, bis 1977 Präsident der TU; Tutorenbericht, 15.9.1972)

Mit der flächendeckenden Einführung von Tutorien an den Berliner Universitäten verwandelten sich diese für immer mehr Student\_innen von reinen Ausbildungsstätten zu Arbeitsstätten, in denen sie ihren Lebensunterhalt verdienen konnten. Über die 70er Jahre hinweg waren die Arbeitsbedingungen dieser neuen studentischen Beschäftigten den Angriffen der Berliner Regierung ausgesetzt, die die Resultate der wenigen progressiven Reformen wieder einzudämmen suchte.

So wurde die relative Autonomie der studentischen Beschäftigten von Professor\_innen 1974 durch das Berliner Hochschulgesetz eliminiert, das den Fachbereichsräten das Vorschlagsrecht bei der Einstellung entzog. Ausschreibung und Vergabe von Stellen verlaufen also wieder neofeudal über die Autorität der Professor\_innen, wenn auch die Personalräte der studentischen Beschäftigten ein Auge darauf haben dürfen. Mit seinem Amtsantritt als Senator für Wissenschaft und Kunst 1975 legte SPD-Mitglied Gerd Löffler einen ersten Richtlinienentwurf vor, der de facto eine Kriegserklärung an die studentischen Beschäftigten war. Massenentlassungen von bis dahin unbefristet Eingestellten sollten bis März 1976 stattfinden, und für die Übrigbleibenden waren Beschränkungen der Arbeitszeit, Verringerung des Stundenlohns, Abbau von Sozialleistungen, völlige Abhängigkeit von Professor\_innen und politische Überprüfungen (im Sin-

ne des wenige Jahre zuvor durchgesetzten Radikalerlasses) vorgesehen. Während die Massentlassungen von den Arbeitsgerichten gestoppt wurden, verhinderte ein massiver Arbeitskampf der studentischen Beschäftigten, der in einem einwöchigen Warnstreik gipfelte, die Verschärfung der Arbeitsbedingungen. Dass es den Student\_innen gelang, Universitätspräsidenten, Fachbereichsräte und die akademischen Senate in den Kampf gegen die Richtlinien hineinzuziehen, dürfte zum Erfolg des Arbeitskampfes beigetragen haben.

Ausgehend von diesen zumindest in ihrer abwehrenden Ausrichtung erfolgreichen Kämpfen forderte die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) 1976 erstmals einen Tarifvertrag, der die Interessenvermittlung zwischen dem Staat und den studentischen Beschäftigten gewähren sollte. Die komplizierte und hierarchische Gewerkschaftsbürokratie hatte in Westdeutschland bis dahin Student\_innen eher als linksradikale Chaoten und Störenfriede betrachtet und scheute vor der Vertretung von Randgruppen Beschäftigter, insbesondere im Dienstleistungssektor, noch zurück. Mit dieser gewerkschaftlichen Ausrichtung auf den bloßen Erhalt des für akzeptabel befundenen status quo und der damit einhergehenden Kompromissbereitschaft gegenüber den Zumutungen der Herrschenden sollten die studentischen Beschäftigten noch in argen Konflikt geraten.

Die Staatsrepräsentanten hatten jedenfalls an Vermittlung erst einmal keinerlei Interesse, sondern brachten im Gegenteil eine zweite Richtlinie auf den Weg, die wiederum an immensem Widerstand scheiterte. Schließlich sahen sie sich aufgrund von Warnstreiks und Protestveranstaltungen genötigt, als Verband von Arbeitgebern des öffentlichen Dienstes in Berlin (VAdöD) ab 1979 Tarifverhandlungen aufzunehmen. Diese zogen sich aufgrund der heute immer noch üblichen lächerlichen Angebote der Staatsseite, die die Gewerkschaft als indiskutabel ablehnte, bis 1980 hin. Erst weitere Arbeitsniederlegungen und sie begleitende Protestaktionen konnten die Staatsseite zwingen, nach einer vierzehnstündigen Mammut-sitzung in den Tarifvertrag einzuwilligen. Als Tarifvertrag für studentische Beschäftigte trat er zum 1.1.1981 in West-Berlin in Kraft, womit diese erstmals als rechtlich gleichwertige Arbeiter\_innen anerkannt wurden. Eine Neuheit und Einzigartigkeit, die er bis heute in der Bundesrepublik geblieben ist. Das Vertragswerk sicherte die Arbeitsbedingungen, die in den letzten Jahren so heftigen Angriffen ausgesetzt waren und erwirkte in Urlaubs- und Sozialleistungen sogar leichte Verbesserungen. Allerdings wurde in ihm auch eine willkürliche Lohnhierarchie zwischen den Beschäftigten mit „anspruchsvollen“ Aufgaben in Lehre und Forschung an den Universitäten, selbigen an den Fachhochschulen und denjenigen, die in der Verwaltung tätig waren, festgeschrieben.

### Der große Streik 1986

Mit dem Amtsantritt des neokonservativen Kissinger-Schülers und CDU-Abgeordneten Wilhelm A. Kewenig als Wissenschaftssenator brach in den 80er Jahren die

Reaktion über die Berliner Hochschulen herein, die für Kewenig „Freigehege für Rechtsbrecher“ waren. In vorher ungekanntem Ausmaß beschnitt er die Autonomie der Hochschulen und ersetzte deren Selbstverwaltung durch direkten staatlichen Eingriff. Durch eine Erneuerung des Berliner Hochschulgesetzes hievte er 1982 zwei konservative Professoren in die Präsidialämter der FU und TU. Außerdem hatte er sich neben den BAfÖG-Empfänger\_innen und der Vertretung der Schwulen und Lesben an den Universitäten die studentischen Beschäftigten, vor allem die Tutor\_innen als Ziel seiner repressiven Politik auserkoren. Da der vier Jahre geltende Tarifvertrag ihn an Eingriffen in die Arbeitsbedingungen (Löhne, Vertragsdauer und Monatsstundenzahl) hinderte, setzte er kurzerhand die bereits vor Jahren von der SPD anvisierten massenhaften Entlassungen durch.

Damit reduzierte er unter dem Vorwand der Rationalisierung das Berliner Tutorienmodell auf eine fabrikmäßige Massenabfertigung. Kamen 1972 an der TU noch ca. 1.000 Tutor\_innen auf 12.000 Student\_innen, so verblieben 1982 noch knappe 750 Stellen für mittlerweile 26.000 Student\_innen. Die Konsequenzen kann man sich anhand der heutigen Zustände ausmalen. Aufgrund der ersatzlosen Streichung vieler Tutorien stieg die Teilnehmer\_innenzahl auf teilweise bis zu 100, individuelle Betreuung und intensive Vor- und Nachbereitung in Kleingruppen entfiel, inhaltliche Spielräume und Experimentiermöglichkeiten wurden der stupiden und unkritischen Repetition von Prüfungsstoffen geopfert. Letztlich wurden die Tutorien als billiger Ersatz von Veranstaltungen wissenschaftlicher Mitarbeiter\_innen eingesetzt, wie es auch heute noch geschieht.

Weil die Kündigung des Tarifvertrages nach Kewenigs Vorstößen absehbar war, gründete 1984 ein kleines Häufchen Engagierter die „Tarifvertragsinitiative der studentischen Beschäftigten in Berlin“ (als TV-Ini abgekürzt), die bis zum offenen Ausbruch des Konfliktes vor allem klassische Aufklärungsarbeit leistete, indem sie vor den Folgen einer möglichen Kündigung warnte, für den Eintritt in die ÖTV warb und den Wiederaufbau des zusammengestutzten Tutorienmodells forderte. Während des Streiks sollte sie die maßgebliche Triebkraft der Basis gegenüber der unterwürfigen Verhandlungsführung der Gewerkschaftsfunktionär\_innen bilden. Mitte des Jahres 1985 beschloss Kewenig wie erwartet, den Tarifvertrag pünktlich zur ersten Möglichkeit am 31.12.1985 zu kündigen. Die tariflichen Vereinbarungen sollten durch Verwaltungsrichtlinien ersetzt werden, deren maßgebliche Inhalte eine Lohnkürzung um gut ein Drittel (von 16,69 DM auf 11,50 DM) sowie weitere drastische Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen waren. Insgesamt wären den Beschäftigten gut 40% ihres Einkommens gestrichen worden. Parallel zu diesem Großangriff plante Kewenig, mit einer Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes die Struktur der Universitäten in autoritärer Weise umzubauen. Die „doppelte Mehrheit“ der Statusgruppe der Professor\_innen sollte eingeführt werden und so die unanfechtbare Entscheidungshoheit

dieser zahlenmäßig kleinsten Interessengruppe in den universitären Gremien installieren. Gleichzeitig sollte die verfasste Student\_innenschaft abgeschafft und die Möglichkeit zu Zwangsexmatrikulationen eingeführt werden. Die Folge dieses reaktionären Vorhabens war allerdings eine Resonanz von Tutor\_innenstreik und Student\_innenprotest, die die Berliner Hochschulen derart zum Tanzen brachte, dass die Durchsetzung des TV Stud II, der heute noch gilt, und die Abmilderung des reaktionären Hochschulgesetzes gelang.

Bis zum Jahresende 1985 scheiterten vier Verhandlungsrunden über einen neuen Tarifvertrag an der sturen Blockade der VAdöD, woraufhin der Bezirksvorstand der ÖTV eine Urabstimmung über die Einleitung von Arbeitskampfmaßnahmen bei dem in Stuttgart residierenden Hauptvorstand beantragte. Ohne das Ja von oben sollen die unten sich nicht rühren dürfen. Aber die Kompromissucht und Konfliktscheue der Gewerkschaftsbürokratie schlug vorher zu und servierte dem VAdöD eigenmächtig und an der TV-Ini vorbei ein Schlichtungsangebot. Der wütende Protest der studentischen Beschäftigten konnte daran nichts mehr ändern, aber Kewenig und der Innensenator Lummer ließen die Schlichtung mit der Forderung nach Einlenkung platzen.

Mit dem ersten Vorlesungstag am 6. Januar 1986 brachten die Tutor\_innen jedoch gegen alle Erwartungen wieder Bewegung in die festgefahrene Situation. Noch bevor der schwerfällige Hauptvorstand der Urabstimmung zugestimmt hatte, begannen sie mit spontanen Arbeitsniederlegungen, Demonstrationen, Verkehrsblockaden, militanten Unterbrechungen des Lehrbetriebs und anderen Protestaktionen. Als sogenannte wilde Streiks, weil sie von der Gewerkschaft nicht ausgerufen wurden, standen die Aktionen nicht unter dem Schutz des Arbeitsrechts. Um den gewerkschaftlichen Rechtsschutz doch zu erlangen, reiste eine kleine Delegation von Beschäftigten spontan und auf eigene Kosten nach Stuttgart und drängte den Hauptvorstand persönlich zur Urabstimmung. Jedoch ohne unmittelbaren Erfolg: ein Telefonat des Senatsdirektors mit der Gewerkschaftsvorsitzenden reichte, um erneut die Schlichtungswilligkeit der Gewerkschaft herbei zu führen. Die Urabstimmung wurde in Richtung des Semesterendes auf den 21. und 22. Januar verschoben. Allerdings bewirkte das energische Auftreten der Student\_innen immerhin, dass die Gewerkschaft zu Warnstreiks aufrief, was den spontanen Aktionen Rechtsschutz gewährte. Zudem verhinderten sie durch energischen Protest die Annahme eines unbefriedigenden Angebotes, das die Bezirksleitung in vauseilendem Gehorsam gegenüber dem Staat vorgelegt hatte. Nach heftigen Diskussionen wurde die Bezirksleitung genötigt, nicht mehr hinter die Forderungen der mehrheitlich studentisch besetzten Tarifkommission zurückzuweichen.

Während bis zur Urabstimmung immer mehr Fachbereiche von Warnstreiks lahmgelegt wurden, beschlossen auf Vollversammlungen zunächst die Student\_innen der TU und etwas später die der FU, ihre lohnarbeitenden

Kommiliton\_innen durch Streiks zu unterstützen, sodass der Protest den gesamten Universitätsbetrieb West-Berlins ergriff. Am 21. und 22. Januar 1986 fand schließlich die Urabstimmung über den Streik statt. 500 Beschäftigte traten dabei spontan der Gewerkschaft bei, was ihren Organisationsgrad von kaum 12 auf 50% hochschnellen ließ. Im Audimax der TU wurde das Ergebnis bekannt gegeben: 98,6% hatten für die Arbeitsniederlegung gestimmt. Der Streik begann am Folgetag unter der auf einem Transparent festgehaltenen Parole „Bis hierher und nicht weiter – no pasaran“ und dauerte zwei Wochen. Auf seinem Höhepunkt demonstrierten 20.000 Menschen gegen das neue Hochschulgesetz und die Kündigung des Tarifvertrages. Die beiden großen West-Berliner Universitäten, die Hochschule der Künste und weitere Fachhochschulen wurden trotz teils brutalen Polizeieinsatzes kontinuierlich bestreikt, wissenschaftliche Mitarbeiter\_innen wiesen die Aufforderungen ihrer Präsidenten zur Aushilfe als „Streikbrechdienste“ zurück und 200 Professor\_innen solidarisierten sich öffentlich im Tagesspiegel mit den Zielen der Streikenden.

In den zwei Wochen des Streiks hatten sich die Hochschulen in das verwandelt, was sie angeblich immer sein sollen: eine gemeinsame Lebenswelt. In den eingerichteten Cafés, Streikbüros, Essensräumen und Glühweinständen entstand ein reger Austausch, die kahlen Hochschulgebäude wurden innen und außen durch zahlreiche Transparente umdekoriert, Theater-, Video-, Musik-, Plakat- und Pressegruppen belebten die Wartezeiten, begleiteten den Streik mit täglich erscheinenden Streikzeitschriften und feierten exzessive Feten.

Diesem geballten und energischen Widerstand gab die Staatsmacht schließlich im Februar zumindest teilweise nach. So wurde ihr ein Tarifvertrag abgerungen, der die Mantelbedingungen (Vertragsdauer, -umfang, Sozialleistungen etc.) des vorherigen beibehielt und die Lohnkürzungen zumindest auf 9% reduzieren konnte. Im Resultat konnte dieser Abwehrkampf zwar nur eine Einschränkung der Kürzungen erreichen, aber er verdeutlichte als herausragendes Beispiel für die gesamte Bundesrepublik, dass ein umfassender Arbeitskampf den Staat zu Zugeständnissen nötigen und die Arbeits- und damit Lebensbedingungen entscheidend verbessern kann.

Auch das von Kewenig vorgelegte Hochschulgesetz konnte nach den stürmischen Protesten nur noch in wesentlich abgemilderter Form durchgebracht werden. Die doppelte Mehrheit der Professor\_innen entfiel und der AStA blieb. Auch die Einführung der Kategorie „wissenschaftliche Hilfskräfte mit Universitätsabschluss“ konnte verhindert werden. Sie dient bis heute außerhalb Berlins dazu, Angestellten den Status der wissenschaftlichen Mitarbeiter\_in und damit die reguläre tarifliche Absicherung zu verwehren. Auch zur Ersetzung regulärer Stellen werden diese untertariflich bezahlten Hilfskräfte eingesetzt.

Einiges lässt sich an den Kämpfen für einen Tarifvertrag erkennen:

Der Staat als ideeller Gesamtkapitalist bietet keinesfalls Schutz vor den Zumutungen kapitalistischer Ausbeutung. Im Gegenteil: grundlegend setzt er als Agent der herrschenden Klasse deren Interessen durch und versucht sie als Allgemeininteresse auszugeben. Er ist damit parteiübergreifend an dem Raubzug nach Lebenszeit der Arbeiter beteiligt; einerseits strukturell, indem er die Ordnung des Privateigentums, die die große Masse vom gesellschaftlich produzierten Reichtum ausschließt, gewaltsam aufrecht erhält, andererseits indem er die spezifischen Bedingungen der Kapitalakkumulation zu fördern versucht. Im konkreten Fall installiert er autoritäre Strukturen an den Hochschulen und verbessert die Bedingungen der Ausbeutung durch Bereitstellung billiger und rechtlich möglichst ungeschützter Arbeitskräfte. Was an rechtlichen Zugeständnissen und Sicherungen für die Beherrschten besteht, ist dem Staat in harten Kämpfen abgerungen, also gegen ihn durchgesetzt worden. Der Tarifvertrag ist kein Geschenk des Staates.

Heutige Massengewerkschaften sind in ihrer bürokratischen Hierarchie schwerfällige Organisationen, die das Interesse einer gewissen, heute meist sehr weit gefassten Klientel vertreten. Sie sind meist autoritär organisiert und grundsätzlich sozialdemokratisch, was heißen soll, dass ihr Gesellschaftsentwurf nicht darüber hinaus geht, den Beherrschten einen willkürlich als „angemessen“ festgelegten Teil vom Profittkuchen zuzusprechen und ihn gegebenenfalls über Reformen oder Arbeitskampf ein wenig zu vergrößern. Ihre domestizierende Funktion in den kapitalistischen Nachkriegsgesellschaften fasste Johannes Agnoli in „Die Transformation der Demokratie“ präzise zusammen: „Fraglos sorgen integrierte Gewerkschaften mit größerem Erfolg als Kampfgewerkschaften – wenngleich nur in hochkonjunkturellen Perioden – für die Sicherung und möglichst für die Erhöhung des Lohnanteils der Abhängigen. Sie überlassen jedoch den Unternehmern die Organisation der Arbeit und die Lenkung der Produktion. Dadurch wird das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit entpolitisiert: nicht mehr als Konfliktsituation verstanden, in der Herrschaft ausgeübt und gegen Herrschaft gekämpft wird. Herrschaft und Ausbeutung werden getrennt, die Aufhebung der letzteren (als eigentliches Ziel der gewerkschaftlichen Tätigkeit vorgestellt) wird von der Befehlsstruktur der Produktion losgelöst und abstrakt als Hebung des Lebensstandards angestrebt, ohne daß die Herrschaftsfrage (wer organisiert die Arbeit; wer entscheidet im Produktionsprozeß) gestellt wäre.“ Folglich findet der Kampf der integrierten Gewerkschaften seine Grenze an einer systemimmanenten Verbesserung oder Erhaltung der Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder. Gegen eine nicht selten kampfbereitere Basis lassen sie sich oft mit viel zu wenig abspesen und gehen schnelle und einfache Kompromisse ein, um die ihnen überlassene Rolle der Anästhesierung der arbeitenden Massen (im ideologischen Neusprech: Sozialpartnerschaft) nicht einzubüßen. Wie gezeigt ist der Tarifvertrag in seinem großen finanziellen Umfang kein Geschenk der Gewerkschaften.

Student\_innen bilden seit den 60er Jahren die große Masse der zukünftigen mittleren und höheren Angestellten oder Beamten. Ihre Klassenlage ist uneinheitlich, wobei in der BRD weiterhin die wenigsten von ihnen kein akademisches oder zahlungskräftiges Elternhaus haben. Ihre Anstellungs- und Lohnaussichten differieren ebenfalls gravierend, sodass die vorgebliche Einheit „Studierendenschaft“ nur abstrakt über die Immatrikulation besteht. Das führt immer wieder zu dem ideologischen Selbstmissverständnis, man sei eine homogene Interessengruppe mit identischen Zielen.

Eine andere sich hartnäckig haltende Vorstellung, die meist auch in krassstem Widerspruch zu den späteren Arbeitsbedingungen steht, beinhaltet einen Standesdünkel, der in ältester ideologischer Formation die Kopfarbeit höher einschätzt als die Handarbeit. Deutlich wurde das an einer Spaltung innerhalb der studentischen Beschäftigten. Im Brennpunkt der Tarifverhandlungen stand mit dem Tutorienmodell nämlich nur der Lohn der Gehaltsgruppe I, mithin derjenigen studentischen Beschäftigten, die als Tutor\_innen selbst Lehrtätigkeiten übernehmen oder in Forschung und Lehre arbeiten. Die studentischen Beschäftigten, die in der Verwaltung (Bibliotheken, Druckereien etc.) angestellt sind und in die Gehaltsgruppe II fallen, wurden von den Tutor\_innen zumeist nur belächelt oder bemitleidet. In der letzten Verhandlungsrunde versuchten einige Tutor\_innen sogar die Beschäftigungsuntergrenze von 40 Stunden für sich dadurch zu retten, dass die Ausnahmeregelung nur für die „Nicht-Tutor\_innen“ gelten sollte. Das hätte bedeutet, dass für diese die Untergrenze de facto weggefallen wäre. Das gelang nicht, aber im Tarifvertrag blieb trotzdem eine Lohndifferenz von fast 3 DM festgeschrieben.

Mit dieser ideologischen Höherstellung der Kopfarbeit geht innerhalb der Studierendenschaft, aber auch über diese hinaus im ganzen wissenschaftlichen Prekariat, die falsche Vorstellung einher, es handele sich bei dem, was man tut, gar nicht um Lohnarbeit, sondern um (Selbst-) Bildung. Als Intelligenz meint man sich den Kämpfen um die materiellen Lebensbedingungen enthoben und redet sich mit luftigen, aber nicht sättigenden Dingen wie Geist, Bildung und Wissenschaft Arbeitsbedingungen schön, die keine Proletarier\_in je akzeptieren würde. Schon Ende 20er Jahren konstatierte Siegfried Kracauer in seiner Studie über die Angestellten deren Mangel an Klassenbewusstsein: „Die Masse der Angestellten unterscheidet sich vom Arbeiter-Proletariat darin, daß sie geistig obdachlos ist. Zu den Genossen kann sie vorläufig nicht hinfinden, und das Haus der bürgerlichen Begriffe und Gefühle, das sie bewohnt hat, ist eingestürzt, weil ihm durch die wirtschaftliche Entwicklung die Fundamente entzogen worden sind. Sie lebt gegenwärtig ohne eine Lehre, zu der sie aufblicken, ohne ein Ziel, das sie erfragen könnte. Also lebt sie in Furcht davor, aufzublicken und sich bis zum Ende durchzufragen. Nichts kennzeichnet so sehr dieses Leben, das nur in eingeschränktem Sinne Leben heißen darf, als die Art und Weise, in der ihm das Höhere erscheint. Es ist ihm nicht Gehalt, sondern Glanz.“ Dieser krassen Fehleinschätzung der eigenen Arbeits- und Gesellschaftsposition bediente sich

auch Kewenig, um den studentischen Beschäftigten vorzuhaltend, sie müssten geradezu froh darüber sein, dass ihre Arbeitskraft fremdbestimmt angewendet würde, immerhin würden sie dabei Erfahrungen sammeln. Dafür Lohn zu fordern, sei vermessen. In abgeschwächter Form findet sich diese Vorstellung auch heute noch in den Gewerkschaften. Dass man sich mit dem Inhalt der Arbeit identifizieren mag, ändert aber absolut gar nichts daran, dass sie der Form nach Lohnarbeit bleibt, also die eigene Arbeitskraft fremdbestimmt für die Zwecke von Staat und Kapital angewendet wird.

Die Einheit der Studierendenschaft mit den studentischen Beschäftigten ist also sowenig wie die Einheit innerhalb der studentischen Beschäftigten ein gegebenes Faktum, sondern muss erst aktiv hergestellt werden über die Bezugnahme aufeinander als Gleiche. Ebenso muss die eigene Arbeit als Lohnarbeit erkannt und die kostenlose Vernutzung der eigenen Arbeitskraft unter dem windigen Vorwand der Ausbildung zurückgewiesen werden. 1986 gelang dies den Student\_innen und wissenschaftlichen Mitarbeiter\_innen in einem verblüffenden Umfang und einer unerwarteten Intensität, wenn auch nicht vollständig. Der Tarifvertrag ist daher ein Geschenk derjenigen Student\_innen und wissenschaftlichen Mitarbeiter\_innen, die ihn mit ihrem Kampfwillen, ihrer Solidarität, ihrer Unentwegtheit, ihrem Durchhaltevermögens und ihrer Phantasie erfochten haben.

### Einbeziehung der „Ossis“ und 25 Jahre neoliberale Konterrevolution

Mit dem Mauerfall und dem Anschluss des sozialistischen Konkurrenzstaates trat ein neues Problem auf: die Lohndifferenz zwischen Ost und West, die vor allem eine der Währung war. Nominell betrachtet erhielten die Kolleg\_innen im Osten einen geringeren Lohn. Jedoch gelang es 1993, die Beschäftigten im Osten mit 80% des Westlohns durch eine Änderung in den Tarifvertrag einzugliedern („TV Stud II-Ost“). Drei Jahre später sollten die Löhne deckungsgleich sein.

Nach dem Zusammenbruch des von seinen Vertreter\_innen so apostrophierten real existierenden Sozialismus setzte ein schleichender Verfall der tariflichen Absicherung ein. Die besondere Unfähigkeit, den Arbeitskampf an den Universitäten und Hochschulen fortzuführen oder gar zu intensivieren ist jedoch im Zusammenhang mit der allgemeineren Schockstarre der westlichen Linken angesichts der Brutalität des nun ungehemmt losbrechenden Klassenkampfes von oben zu verstehen.

In der Neufassung des Tarifvertrags von 2003 waren der Staatsseite Zugeständnisse beim Mindestvolumen der Arbeitsverträge gemacht worden. Allerdings gelang es, die Gruppenunterscheidung der Beschäftigten, die eine unbegründete und diskriminierende Lohnhierarchie fest schrieb, aufzuheben, sodass nun alle 10,98€ Stundenlohn erhielten. Gleichzeitig ist dieser Lohn bis auf den heutigen Tag gleich geblieben, sodass durch die steigenden Lebenshaltungskosten der Reallohn sank. Zudem stiegen die Berliner Universitäten aus der VAdöD aus, was bedeutet, dass nun die einzelnen Universitäten und nicht mehr das Land Tarifvertragspartner sind und somit

den Tarifvertrag zu jedem Jahresende individuell kündigen können (§24 TV Stud II).

Im Zuge der neoliberalen Umstrukturierung der Gesellschaft zur höheren Verwertungskompatibilität (Hartz-Reformen) wurden auch die Universitäten umgekremelt (Bologna-Reform 2006), um als marktförmige Unternehmen dem europäischen Kapital möglichst schnell und unkompliziert möglichst versierte, aber hörige Arbeitskräfte bereitzustellen. Das bedingte eine immense Verschlechterung der Arbeitssituation an den Universitäten, die bisher relativ widerstandslos hingenommen wurde. Mit der Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge stieg in erster Linie der Arbeitsaufwand (recht treffend als „Workload“ bezeichnet) für ein Studium, und mit dem Kreditpunktesystem, das von der ersten Minute des Studiums greift, wurde ein umfassendes Kontrollregime eingeführt. Das hat vor allem eine Verschärfung des klassenspezifischen Charakters der Universitäten zufolge, denn das Studium ist nun für Student\_innen, die nicht auf wohlhabende Eltern oder eines der wenigen Stipendien zurückgreifen können, finanziell kaum mehr zu bestreiten. Die häufigste Ursache für die Verlängerung eines Studiums ist daher keineswegs die Faulheit der Student\_innen, wie es das ressentimentgeladene Vorurteil sich ausmalt, sondern die Notwendigkeit der Lohnarbeit neben dem Studium.

Die in den Bachelorstudiengängen verankerten Pflichtpraktika, die man nüchtern betrachtet getrost als Zwangsarbeit bezeichnen kann, weil rechtlich keine Notwendigkeit ihrer Entlohnung besteht, werden zudem gezielt dazu eingesetzt, vormalig reguläre Stellen von studentischen Beschäftigten zu ersetzen. Gleichzeitig werden studentische Beschäftigte als billiger Ersatz von wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Mitarbeiter\_innen, mithin zur Lohndrückerei, eingesetzt, weil ihre Tätigkeitsbeschreibung im Tarifvertrag dies zulässt. Mit der Umwandlung von studentischen Hilfskraftstellen in Werkverträge versucht man zusätzlich noch, die Löhne und Sozialleistungen des Tarifvertrags zu umgehen.

Zusammenfassend lässt sich für die aktuelle Situation konstatieren, dass der Staat in der letzten Dekade einen enormen Raubbau am Wert der Ware Arbeitskraft betrieben hat. Der noch geltende Tarifvertrag für die studentischen Beschäftigten in Berlin stellt dabei zwar immer noch bundesweit eine Bastion gegen eine allzu unverschämte Ausbeutung dar, aber wie geschildert hängt sein Weiterbestehen momentan am seidenen Faden der Gutmütigkeit der Herrschenden. Höchste Zeit also, in die Puschen zu kommen und endlich wieder in den Kampf um die Rückgewinnung gestohlener Lebenszeit einzutreten. Bis hierher und nicht weiter!

Wie man das macht, kann ausführlich in dem Buch „Bis hierher und nicht weiter. Der Berliner Tutorenstreik 1986“ nachgelesen werden, das in mehreren Berliner Bibliotheken zur Verfügung steht und en detail den Ablauf des Streiks von 1986 analysiert.

# Weil auch Du ein Arbeiter wirst...

## Überlegungen zum Zusammenhang von technologischem Fortschritt und Universität

„Bildung ist keine Ware!“ Unter diesem Motto protestieren Schülerinnen und Studentinnen weltweit gegen restriktive Reformen im Bildungssystem sowie gegen deren Exekutoren. Letztere jedoch wissen ihr Gewissen zu überlisten und sprechen einfach statt von Bildung von Qualifikation. Allerdings sind sowohl Bildung als auch Qualifikation tatsächlich keine Waren, sondern dienen ihrerseits der Aufwertung von Arbeitskraft – bei welcher es sich wirklich um eine Ware handelt. Zugleich müssen wir als Besitzer dieser Ware Arbeitskraft für das Kapital gefügig gemacht werden. Uns selbst strenger Arbeitsteilung und hierarchischen Teamgefügen zu unterwerfen und überhaupt unsere Arbeitskraft für irgendwelche, uns fremde – und in einigen Fällen niemals mit Arbeit in Berührung kommende – „Arbeitgeber“ zu verausgaben, ohne uns ernstlich nach dem Sinn dieser Einrichtungen zu fragen, muss uns nämlich erst mühsam beigebracht werden.

Wo es in der Produktion in erster Linie auf die Verausgabung sturer und geistloser Arbeitskraft ankommt, mag es ausreichen, die nötige Disziplinierung der Arbeiter entweder der Schule oder auch gleich dem Arbeitsprozess selbst zu überlassen. Sind jedoch intellektuell anspruchsvollere (und allein deshalb noch längst nicht weniger sture) Arbeiten von den Beschäftigten verlangt, so müssen auch in den Institutionen höherer Bildung entsprechende Techniken von Disziplinierung und Kontrolle angewandt werden. Dieser funktionale Zusammenhang zwischen Anforderungen des Studiums und Ansprüchen des Kapitals wird erzielt durch verschiedene Entsprechungen zwischen den Formen, in denen das Studium, also die Qualifikation von Arbeitskräften vonstatten geht, und den Formen der „Arbeitswelt“ selbst. Im Folgenden wollen wir einige Überlegungen über die jüngsten Studienreformen im Kontext der gegenwärtigen arbeitstechnischen und technologischen Entwicklungen anstellen.

### Die Verwissenschaftlichung der Produktion

Bedingt durch das spezifische Verhältnis von Wissen und Technologie nimmt der Anteil der Akademikerinnen am Produktionsprozess spätestens seit dem Ende des klassischen Fordismus merklich zu. Bei der Verwissenschaftlichung der Produktion handelt es sich allerdings um einen Prozess, der bereits mit der industriellen Revolution eingeleitet wurde – also, wie wir im Folgenden genauer ausführen werden, im Zuge gerade einer systematischen Verblödung der Arbeit. Und tatsächlich stellen sich Verwissenschaftlichung der Produktion und Verblödung der Arbeit als zwei Seiten desselben Prozesses heraus:

So wurden im historischen Übergang zur Industrie handwerkliche Arbeitsprozesse theoretisch wie praktisch analysiert, d.h. in ihre einzelnen Arbeitsschritte zergliedert und ein restriktives System der Arbeitsteilung entwickelt, das jede einzelne Arbeiterin zur Ausführung nur noch einer einzigen dieser stumpfsinnigen Detailverrichtungen verdammt, woraufhin die Arbeiter auf kurz oder lang auch den Überblick, das Wissen über den Gesamtprozess der Produktion, d.h. ihre Kenntnisse über die Handhabung sämtlicher Werkzeuge und den Zusammenhang aller nötigen Arbeitsschritte einbüßen mussten. Die Einfachheit der dadurch selbst schon mechanischen Arbeitsverrichtungen ermöglichte nun ihre Übersetzung in Bewegungen von Maschinen, in denen verkörpert sich den Arbeiterinnen gegenüber das ihnen enteignete Wissen als eine fremde, sie beherrschende Gewalt aufrichtete. Die Arbeiterschaft aber entwickelte wiederum im Umgang mit der neuen Technik spezifische Kenntnisse, welche ihr von Neuem enteignet und der Maschinerie in Form von Verbesserungen oder Erweiterungen angeeignet werden konnten usw. usf.

Hierbei handelt es sich allerdings nicht um einen Vorgang, der ganz von selbst abläuft, sondern um die Funktion einer Schicht wissenschaftlich-technischer Angestellter. Mit der stetig wachsenden Vielfalt und der Differenzierung der Technologie steigt zugleich der Bedarf an dieser Art von Angestellten sowie an hochqualifizierten Facharbeiterinnen. Zugleich werden die Funktionen einfacher körperlicher Arbeit im Zuge desselben Prozesses zunehmend von Maschinenkraft ersetzt. Der Zuwachs an Stellen in den technologischen Abteilungen reicht jedoch bei weitem nicht dafür aus, sämtliche aus der unmittelbaren Produktion verdrängten Arbeitskräfte zu absorbieren, weshalb die Masse der Überflüssigen insgesamt zunimmt. Mit der wachsenden Bedrohung, in die letztere einzugehen, entbrennt wiederum ein wahrer Wettkampf um das zweifelhafte Glück, sich unter das Joch der Arbeit zwingen zu dürfen. Es ist eben dieser Konkurrenzkampf, angetrieben von der Qual der Wahl zwischen Unterwerfung und Überflüssigkeit, welchen wir heute auch an der modernen Massenuniversität erfahren.

### Industrie 4.0 – Produktivkraftentwicklung heute

Gegenwärtig erreicht die Enteignung von Wissen eine neue Qualität, d.h. der Prozess wiederholt sich auf einer höheren Stufe. Ein Indiz für diese Zäsur ist die Popularität des Begriffs der Schöpferischen Zerstörung. Dieser geht in erster Linie auf den bürgerlichen Ökonomen Joseph Schumpeter zurück. Im Wesentlichen nimmt er

an, dass die Triebfeder des Kapitalismus die ständige Innovationstätigkeit ist. Eine Innovation, die sich erfolgreich durchsetzt, verdrängt und zerstört das Althergebrachte. Mit dieser ständigen Revolutionierung der Produktionsmittel, dem ständigen Schöpfen und Zerstören beschreibt er tatsächlich ein zentrales Merkmal des Kapitalismus. Allerdings entspringt laut Schumpeter die technische Innovation allein dem Erfindergeist ihrer Urheberin. Darin liegt nun allerdings eines der ideologischen Momente seiner Theorie, insofern sie von der Enteignung lebendiger Produktionspotenzen absieht und stattdessen einem mythischen Innovationsglauben anhängt. Die Entwicklerin ist bei ihm nur Erfinderin, nicht aber auch Enteignerin. Dennoch ist die Rede von der Schöpferischen Zerstörung für uns von besonderem Interesse, da der Begriff gegenwärtig bei der herrschenden Klasse hoch im Kurs ist und als Kernideologie der wohl mächtigsten Stellvertreterin des Kapitals fungiert: der Unternehmensberatung „McKinsey“, welche mit ihm z.B. die Notwendigkeit periodischer Umstrukturierungen auf Kosten der (dann Ex-)Beschäftigten begründet. Insgesamt verweist dieser Diskurs darauf, dass sich in der Entwicklung der Produktivkräfte zur Zeit ein Sprung ereignet. Dieser besteht darin, dass, wie ehemals das Wissen der Handwerker über den materiellen Produktionsprozess von ihnen abgetrennt in der Maschine vergegenständlicht wurde, heute daran gearbeitet wird, die organisatorischen, kommunikativen und kognitiven Fähigkeiten hochqualifizierter Arbeitskräfte in gegenständlichen Formen für die Kapitaleseite anzueignen – nämlich in Form von Computertechnologie. Hübsch analog zu unserer Darstellung der Industrialisierung als einem dialektischen Prozess von Verwissenschaftlichung und Verblödung nennt sich diese Unternehmung Industrie 4.0. Hierbei geht es im Kern darum, cyber-physische Systeme zu schaffen, die vollständig vernetzt sind und rundum miteinander kommunizieren, also Daten austauschen und sich direkt aufeinander abstimmen können. Durch den weitestgehenden Ausschluss von Menschen werden so effizientere, weniger fehleranfällige und dynamischere Produktionsketten geschaffen. Es bleiben nur wenige ausgewählte Stellen, an denen elaborierte Mensch-Maschine-Kommunikation notwendig bleibt. Ganz wie der ersten industriellen Revolution geht dabei auch der Industrie 4.0 eine theoretische wie praktische Analyse der Arbeitsprozesse voraus. Nämlich sind die Fähigkeiten, die hierbei den Maschinen einverleibt werden, natürlich keine Neuschöpfungen der Entwicklerin, sondern waren ehemals die persönlichen Produktivkräfte der Facharbeiterinnen, über welche diese souverän verfügen konnten. Deren Potenzen, also die beschriebenen Fähigkeiten, müssen erst in gewisser Weise berechenbare („verdinglichte“) Formen annehmen, um überhaupt in Rechner eingespeist („vergegenständlicht“) werden zu können, so wie die Bewegungen mechanisch haben werden müssen, bevor sie von Maschinen übernommen werden konnten. Und es ist – so unsere Überlegung – unter anderem die Universität, die auf dem Wege der Spezialisierung und Modularisierung kognitive Kompetenzen in bestimmten Formen hervorbringt, welche, neben vielen anderen Bedürfnissen des Kapitals, auch diesem Bedarf

nach enteignbarem Wissen entsprechen.

Insofern sich dementsprechend die Anforderungen auch an die verschiedenen Fachrichtungen unterscheiden und selbst die einzelnen Universitäten teils unterschiedliche Lösungen anbieten, wäre es notwendig, die jeweils konkreten Formen differenziert zu analysieren. Da dies in diesem Rahmen nicht geleistet werden kann, wollen wir nur spezifische Blicke auf besonders interessante Phänomene werfen. Dabei darf generell nicht übersehen werden, dass die Universität nicht nur diejenigen Arbeitskräfte produziert, die im Arbeitsprozess der Enteignung ausgesetzt werden, sondern auch jene, welche diese Expropriationen für das Kapital durchführen.

### **Konkurrenz und Klassenbewusstsein**

Das größte Risiko für den erfolgreichen Ablauf des dargestellten Prozesses ist das Klassenbewusstsein der beteiligten Akteurinnen. Wenn sich die Enteigneten dagegen wehren, überflüssig zu werden, bedeutet dies für das Kapital Ärgernisse; wenn sie sich dabei auch noch zusammenschließen, könnte es gar zu ernsthaften Klassenauseinandersetzungen kommen. Noch bedrohlicher könnte es werden, wenn auch die Enteignerinnen erkennen, dass sie gegenüber dem Kapital einen Standpunkt mit den Fachangestellten gemein haben, und konsequent entscheiden, nicht länger wider dem gemeinsamen Interessen zu handeln. Anders als bei klassischer Facharbeit, die notfalls auch noch unter Zwang halbwegs zweckmäßig ausgeübt werden kann, herrscht nämlich bei der kognitiven und kreativen Arbeit Stillstand, sobald die intrinsische Motivation ausbleibt, die in der Regel über eine Identifikation mit dem Unternehmen gestiftet wird. Zur Verhinderung von Klassenbewusstsein trägt die Universität vor allem durch eine Vereinzelung der Studentinnen bei, welche sie über Spezialisierung und Konkurrenz befördert. Wir werden dazu erzogen, uns als Einzelkämpferinnen wahrzunehmen und also unsere Kommilitoninnen als unsere Konkurrentinnen anzusehen – und zwar sowohl gegenwärtig in den Seminaren und Prüfungen als auch in Zukunft auf dem Arbeitsmarkt. Besonders deutlich wird dies, wenn Klausuren stets so ausfallen sollen, dass die Ergebnisse einer Normalverteilung gehorchen, da es dann nur noch darum geht, besser als die anderen zu sein. Die Arbeit wird so zum Gegenstand des Konkurrenz- anstatt des Klassenkampfes.

Dabei sollen uns gerade diejenigen Konkurrentinnen am gefährlichsten sein, mit denen wir am meisten gemein haben – deren „Expertise“ in denselben Bereich fällt wie unsere. Schließlich könnten gerade sie uns später einmal genau die Stelle abjagen, die ganz wie für uns geschaffen zu sein scheint, d. h. für die in Wirklichkeit wir geschaffen worden sind. Die enge Perspektive, die durch die früh erzwungene Fokussierung auf einen speziellen Gegenstand, erzeugt wird, korrespondiert auf diese Weise mit den Scheuklappen der Konkurrenz; beide zusammen sorgen für die nötige Blindheit für das Ganze der Klassengesellschaft.

### Form und Inhalt des Studiums

Wir studieren an der Universität zwar durchaus Inhalte, diese aber sind immer nur vorübergehend – sie bewahren nur über ein, höchstens zwei Semester eine gewisse Kontinuität – während die Formen, in denen sie uns beigebracht werden, unser gesamtes Studium über im Wesentlichen dieselben bleiben. So lernen wir, während wir lernen, und unabhängig davon, was wir im Besonderen lernen, vor allem eines: in fremdbestimmten Zusammenhängen zu funktionieren.

Die konkreten Inhalte sind natürlich nicht in allen Studiengängen gleich irrelevant. Sie sind in naturwissenschaftlichen und technologischen Fachrichtungen, die einen großen Teil der hochqualifizierten Facharbeiterinnen stellen, welche als Träger von Wissen benötigt werden, sicherlich wesentlicher als in geisteswissenschaftlichen Studiengängen. Geisteswissenschaftlerinnen werden – wenn überhaupt – wegen ihrer kreativen und kommunikativen Fähigkeiten als Entrepreneur-Expropriateurinnen für die Unternehmen interessant, in wenigen Fällen noch als Texterinnen im Marketing. Dennoch sind auch in den Geisteswissenschaften die Inhalte nicht völlig irrelevant in dem Sinne, dass sie ebenso gut einfach wegfallen könnten. Es muss zwar an Inhalten gearbeitet werden – diese jedoch sind relativ beliebig. Die Formen nämlich benötigen Gegenstände als ihre Träger, sie können nur im Zusammenhang mit Inhalten transportiert werden. Die intime Kenntnis der herrschaftsförmigen Arbeitsverhältnisse wird allen Studentinnen gleichermaßen zuteil. Ob sie später Arbeitspläne befolgen müssen oder aber diese entwickeln werden, entscheidet sich nachher durch die Stellenvergabe auf dem Arbeitsmarkt, wobei sich diese Verteilung sicherlich in der Absolvierung von Pflichtpraktika während des Studiums bereits abzeichnen kann. Insgesamt dient die Einrichtung der Bachelor- und Masterstudiengänge der Verknappung und d.h. Verdichtung des universitären Studiums, sodass im Verhältnis ein großer Teil der Ausbildung bei der Arbeit selbst vonstatten geht.

### Kreativität und Beruf

Insbesondere der Umgang mit den kreativen Potentialen der Studentinnen stellt die Universität vor eine schwer zu bewältigende Aufgabe. Nicht nur steht Kreativität im Mittelpunkt kognitiver Arbeit und ist zur Problemlösung notwendig, muss somit quantifizierbar sein und sich den Vorgaben der Vorgesetzten fügen – ihr Vermögen erlischt aber, wenn sie zu sehr eingeschränkt wird – ; sie birgt auch immer die Gefahr, von einer für das Kapital produktiven Kompetenz in eine emanzipatorisch-rebellische umzuschlagen.

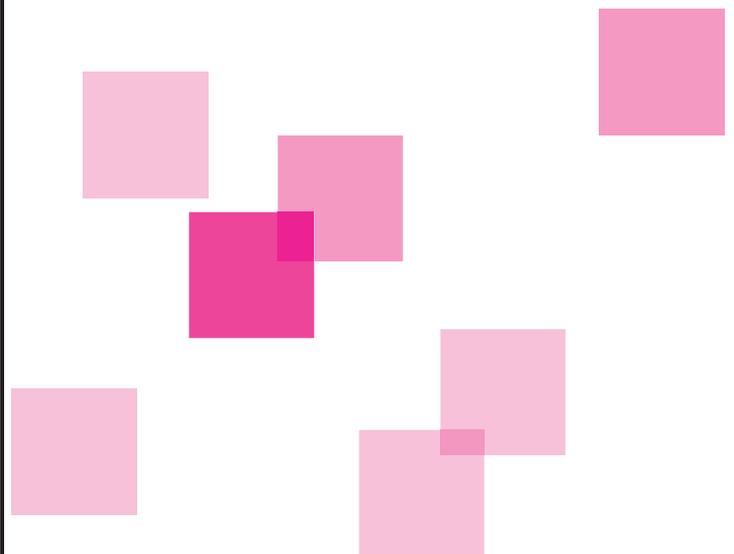
Die Bereiche, in denen eigenes Denken gestattet ist und wo Probleme selbst gelöst werden können, werden strengen Formen und abstrakten Bewertungssystemen unterworfen, etwa Hausarbeiten, Präsentationen und ähnlichen Formaten. Des Weiteren versucht sich die Universität gegenwärtig darin, die Schwierigkeit der Entwicklung von Kreativität unter strengen Vorgaben zugunsten der Integrität der Vorgaben aufzulösen. In speziellen, an die Studiengänge angegliederten praxisorientierten Modulen – etwa „Berufsfeldbezogene Zusatzqualifikationen“ (BZQ) oder „Allgemeine Berufsvorbereitung“ (ABV)

genannt – werden Kurse in Kreativitätstechniken angeboten, welche genau genommen den Versuch darstellen, Kreativität zu simulieren. Es handelt sich dabei um in Phasen gegliederte Verfahren, in denen unter anderem Zufälligkeit, „freie“ Assoziation und ein „Suchen nach Gegenteilen“ innovative Ideen produzieren sollen. Dass jedoch die Ergebnisse solcher Techniken oft nicht auf den ersten Blick von freien Einfällen zu unterscheiden sind, verrät vielleicht mehr über den bedenklichen Zustand der „echten“ Kreativität, als dass es die „Authentizität“ der simulierten bestätigt.

Das zusätzliche (obligatorische) Angebot solcher und anderer berufsfeldbezogener Qualifikationen, die dem Studium gleichsam aufgesetzt zu sein scheinen, weist uns darauf hin, dass der Prozess der Umfunktionierung der Universität noch lange nicht abgeschlossen ist. Denn das bedeutet, dass in den gewöhnlichen Vorlesungen, Seminaren und Übungen gegenwärtig noch nicht ausreichend Berufsvorbereitung geleistet wird. Wir halten es demnach für möglich, dass sich der bisher noch abgetrennte Bereich der BZQ bzw. ABV mit der Zeit in die Studiengänge hinein auflösen wird. Es bleibt zu hoffen, dass dieser Prozess, – der die Verblödung der Wissenschaften, die wir gegenwärtig an der Universität beobachten können, auf die Spitze treiben würde – noch aufgehalten wird, sei es von der Trägheit der universitären Institution oder, besser noch, durch unseren Widerstand.

Wir können damit schließen, dass der Begriff der Qualifikation in der Praxis eine Weise der Vermittlung von Fähigkeiten und Wissen bedeutet, die sich in einem geradezu schreienden Gegensatz mit derjenigen Bildung befindet, welche in unserem Interesse gelegen ist. Die Qualifikation, die uns in der Universität widerfährt, soll uns darauf vorbereiten, uns wie von selbst unter die Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise und in die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts einzufügen. Was wir hingegen benötigen, sind Formen gemeinschaftlicher Aneignung jenes Wissens und jener Fähigkeiten, derer wir bedürfen, um die Gesellschaft, in der wir leben, zu verstehen und nach unseren Vorstellungen in ihre Prozesse eingreifen zu können.

*Bartie Carp & Felix Zunderlich*





Tinder

Kommunisten müssten Tinder wegen seiner planwirtschaftlichen Eleganz eigentlich bewundern. Es setzt als Organisationsform die Marktgesetze außer Kraft und bringt Gebrauchswerte zueinander, ohne diese qua Tauschwert zu vermitteln. Das dürfte nach ökonomischer terminologie beinah (...) Sozialismus sein.

Die Architektur der App erinnert an Rawls „Schleier des Nichtwissens“, ein Gedankenexperiment, das vorschlägt, Gesellschaft in einer black box zu gestalten: Als Konstrukteur der Zukunft dürfe man nicht wissen, ob man in der kommenden Welt Bettler oder Banker sein werde. So könne verhindert werden, dass sich (un)gewollte Privilegien in die künftige Verfassung einschreiben, und eine faire Weltordnung wäre gewährleistet. Auch wenn das bürgerliche Ideologie ist: derselbe Schleier des Nichtwissens schützt bei Tinder vor der Blamage des Sozialen. Wische ich nach rechts und sage meinem Gegenüber damit, dass ich es anziehend finde, bleibt dies geheim, wenn es nach links wischt. Die Chatfunktion öffnet sich erst, wenn beide Seiten nach rechts gewischt haben. Kommunikation findet bei Tinder deshalb in einem angstfreien Raum statt: Ich weiß immer schon, dass mein Gegenüber mich auch heiß findet und riskiere deshalb nie mein Gesicht.

Zu verteidigen ist die App allein schon, weil die locker vorgetragenen Argumente gegen Tinder stets mit einer Überhöhung vermeintlich authentischer Beziehungen des Menschen daherkommen. So wird die Bar plötzlich zum Archetyp des Sozialen, sobald sie mit der entfremdeten Online-Welt verglichen wird, „weil Menschen in einer Bar reden, an der Theke lehnen, lachen.“ (Melanie Mühl, FAZ). Die belanglose Geschmacksfrage, ob Menschen sich lieber im Internet oder in einer Kneipe kennen lernen, wird bei ihr so diskutiert, als gäbe es genau diese zwei Orte und nicht auch noch Schwimmbäder, Kinos und Straßenbahnen. Man gibt sich betont mondän und undogmatisch, hier wird nicht mit christlichen Werten argumentiert. Aber sublim geht es darum, das echte, gute, wahre Leben gegen die „entzauberte“ Moderne zu verteidigen. Und solch reaktionäres Projekt scheint heute, im Gegensatz zu früher, offiziell auch Promiskuität nicht auszuschließen, zumindest wenn man sich im real life (dem Oktoberfest? dem Berghain? dem Biomarkt?) kennenlernt, statt im chatroom – wobei man sich freilich fragen kann, was es für die Wirklichkeit bedeutet, wenn das die Wirklichkeit ist.

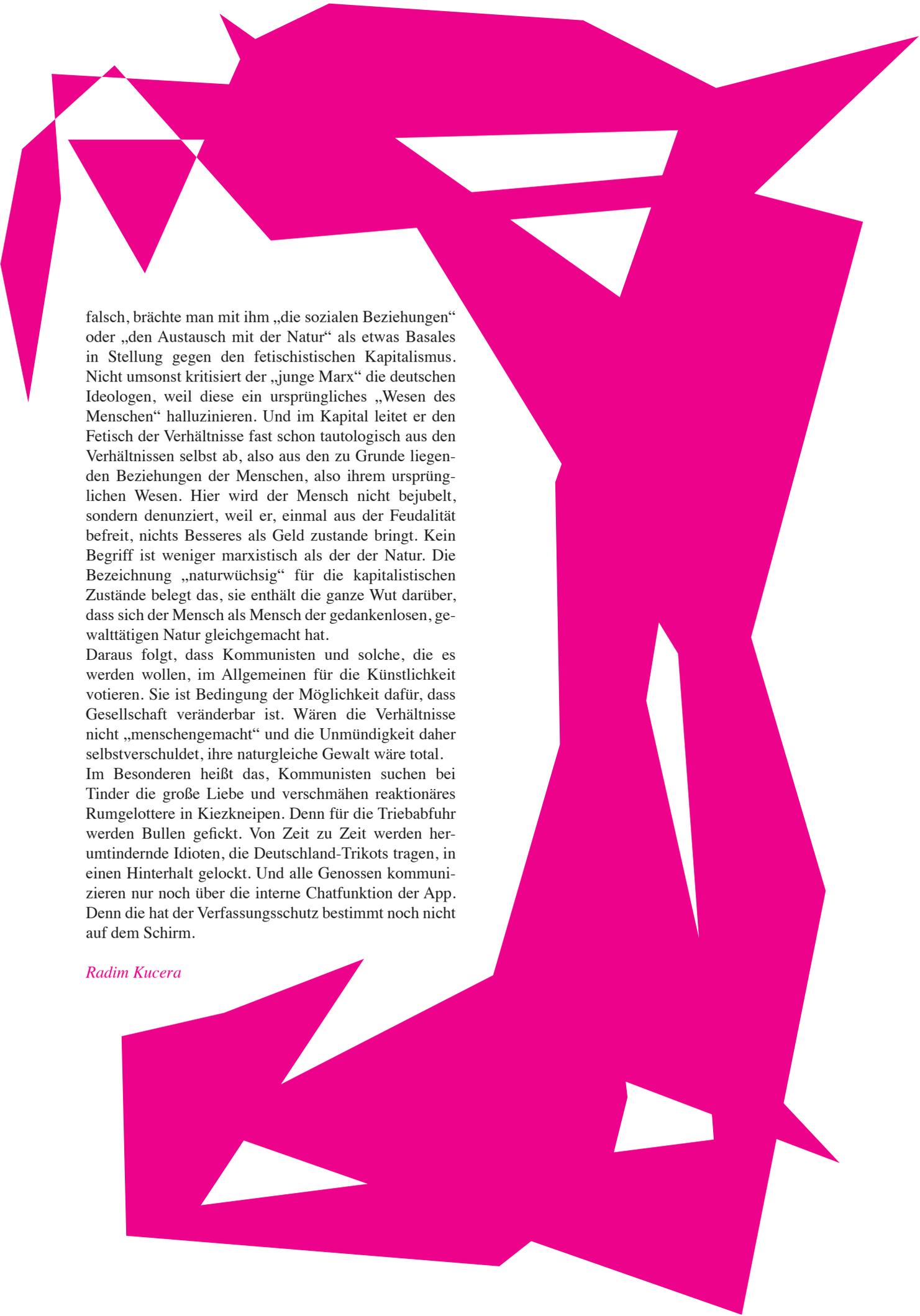
Reaktionäre glauben ihrem Selbstverständnis nach, die romantische Beziehung zu verteidigen. Das Phänomen Tinder zeigt, wieso das nicht stimmt: Im Namen der Liebe schließen sie aus, dass man sich in einem einzigen

Bild des Anderen verlieren kann und verraten damit die Liebe auf den ersten Blick. Nichts könnte unromantischer sein als die zweckrationale Art ihrer Argumentation, in der Bar erfahre man „viel mehr“ über eine fremde Person – als ginge es darum, Informationen zu sammeln. Der wahre Fluchtpunkt eines Candle-Light-Dinners mit Melanie Mühl wäre, den jeweiligen sozio-ökonomischen Hintergrund auszuchecken. Was sie gegen Tinder ins Feld führt, ist die Zweckheirat, nicht das Abenteuer oder die Liebe.

Philosophisch gesprochen hat man es bei den Tinder-Gegnern mit Kantianern zu tun (um von Heidegger gleich zu schweigen), wobei Kant freilich gegen die Naturwüchsigkeit menschlicher Beziehungen antrat und der Künstlichkeit des Internets, da aus Menschengestalt entsprungen, sicherlich viel abgewonnen hätte. Trotzdem entspricht die Denkweise, die in Kategorien wie „echt und unecht“ oder „künstlich und natürlich“ operiert, seiner Zwei-Welten-Lehre. Gegen die ist mit Hegel die Notwendigkeit des Scheins zu behaupten, die der Inkonsistenz einer sauber geschiedenen Lehre von Dingen-an-sich widerspricht: das Subjekt kann logisch keine Grenze markieren, ohne diese mindestens gedanklich zu transzendieren. Das (soziale) Sein, dessen Festigkeit die kantische Erkenntnistheorie nicht hinter sich lassen konnte, verflüssigt sich zu Hegels absolutem Idealismus, der kein An-Sich-Sein kennt, allenfalls dasjenige der Vermittlung – das An-Sich-Sein des Für-Sich-Seins. Aber Achtung: das hat für Hegel nicht zur Folge, dass nun die Dinge offen daliegen, unverschleiert, sondern andersherum: alles wird erst einmal zum Schein (sogar die Notwendigkeit, der Zwang), woraus allerdings keine Unentscheidbarkeit geschlossen werden darf. Was verschwindet, ist nur die Vorstellung einer an-sich-so-seienden Welt.

Hegel erinnert daran, dass jede soziale Situation eine Scharade ist: Ich kann nicht in den Kopf meines Gegenübers gucken, sondern immer nur raten, „ob er das jetzt wirklich so meint“ oder „sie nicht doch nur so tut, als ob sie keine Lust auf Kino hat“. Und ebenso ist Selbstbezug von konstitutiver Unsicherheit geprägt. Nur der Wahnsinnige versucht sich hier an Letztbegründung. Das gilt erst recht für die Gesamtgesellschaft. Jedes Arrangement menschlicher Beziehungen verlässt die Unmittelbarkeit der Erde und beginnt, das ist der Preis, Vermittlung zu sein. Nichts könnte der Menschheit mehr widersprechen als Authentizität: sie ist gewissermaßen ihrem Begriff nach ein fake.

Marxistische Fetischkritik scheint diesen Gedanken fundamental zu widersprechen. Aber man verstünde Marx



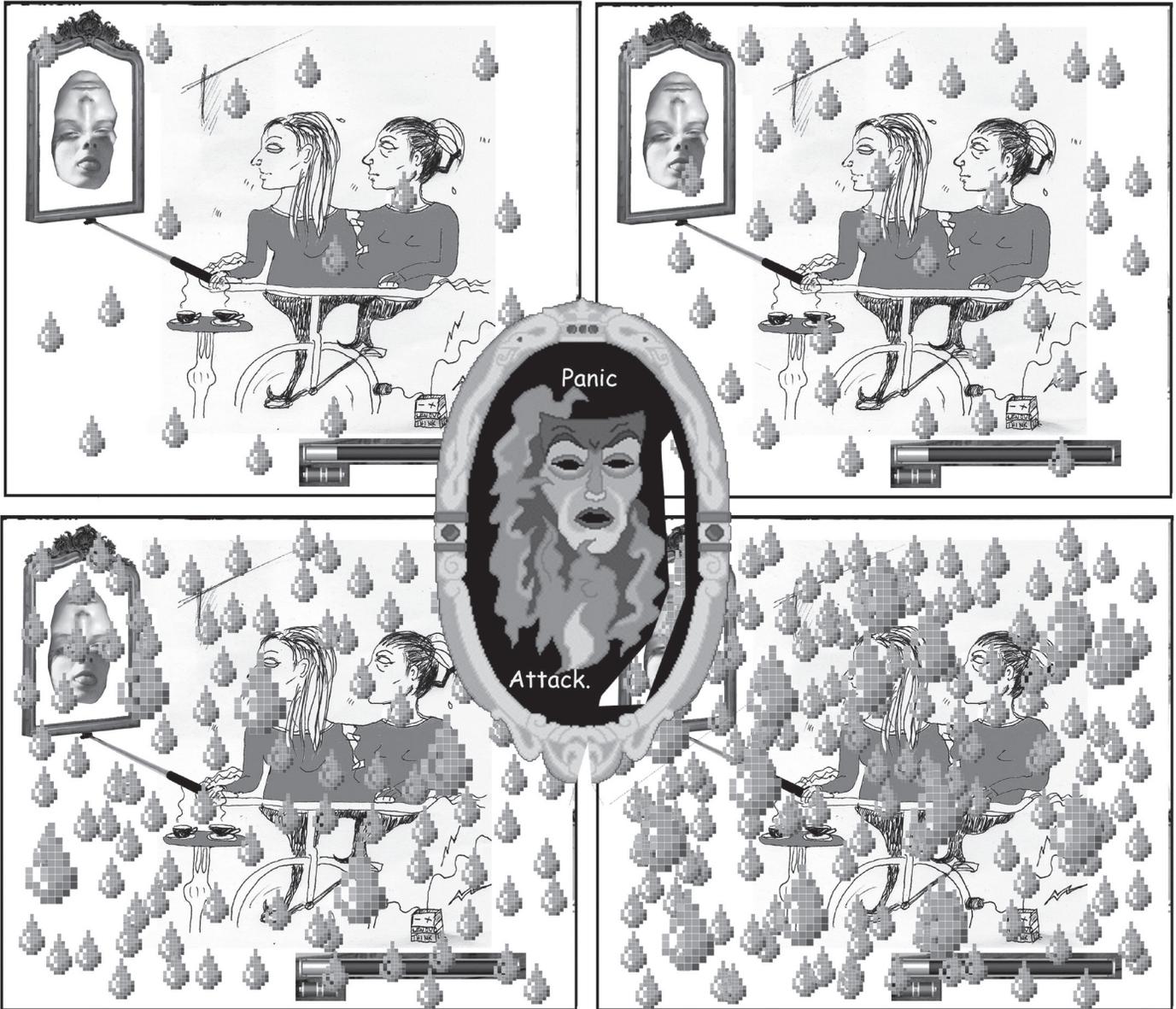
falsch, brächte man mit ihm „die sozialen Beziehungen“ oder „den Austausch mit der Natur“ als etwas Basales in Stellung gegen den fetischistischen Kapitalismus. Nicht umsonst kritisiert der „junge Marx“ die deutschen Ideologen, weil diese ein ursprüngliches „Wesen des Menschen“ halluzinieren. Und im Kapital leitet er den Fetisch der Verhältnisse fast schon tautologisch aus den Verhältnissen selbst ab, also aus den zu Grunde liegenden Beziehungen der Menschen, also ihrem ursprünglichen Wesen. Hier wird der Mensch nicht bejubelt, sondern denunziert, weil er, einmal aus der Feudalität befreit, nichts Besseres als Geld zustande bringt. Kein Begriff ist weniger marxistisch als der der Natur. Die Bezeichnung „naturwüchsig“ für die kapitalistischen Zustände belegt das, sie enthält die ganze Wut darüber, dass sich der Mensch als Mensch der gedankenlosen, gewalttätigen Natur gleichgemacht hat.

Daraus folgt, dass Kommunisten und solche, die es werden wollen, im Allgemeinen für die Künstlichkeit votieren. Sie ist Bedingung der Möglichkeit dafür, dass Gesellschaft veränderbar ist. Wären die Verhältnisse nicht „menschengemacht“ und die Unmündigkeit daher selbstverschuldet, ihre naturgleiche Gewalt wäre total.

Im Besonderen heißt das, Kommunisten suchen bei Tinder die große Liebe und verschmähen reaktionäres Rumgelottere in Kiezkneipen. Denn für die Triebabfuhr werden Bullen gefickt. Von Zeit zu Zeit werden herumtindernde Idioten, die Deutschland-Trikots tragen, in einen Hinterhalt gelockt. Und alle Genossen kommunizieren nur noch über die interne Chatfunktion der App. Denn die hat der Verfassungsschutz bestimmt noch nicht auf dem Schirm.

*Radim Kucera*

Denis Villanis



**Neues von den Verbrechern**

Dietmar Dath hat wieder etwas veröffentlicht. Dabei handelt es sich nicht um einen Prosatext, sondern um eine Bildgeschichte, für die Dath das Skript und Oliver Scheibler die Zeichnungen angefertigt haben. Der Titel lautet »Mensch wie Gras wie« und man liegt mit der Annahme, dass es irgendwie um Menschen und Pflanzen geht, sicherlich nicht daneben. Neben den ansprechenden Zeichnungen ist vor allem der angehängte Essay von Dath über künstlerische Kollaborationen, über die Dialektik von Bild und Text im Comic und über das schlimme Ende besonders lesenswert.

**Dietmar Dath und Oliver Scheibler: Mensch wie Gras wie.**  
Verbrecher-Verlag. Berlin, 2015.

Gute Essays zu schreiben, schreiben zu können, ist wahrlich keine Kleinigkeit. Im besten Falle ist ein Essay der Versuch, an einem Gegenstand mittels der kleinen Form etwas zu beleuchten, was möglicherweise der systematischen Behandlung entgehen könnte. Zu diesem Zweck erlaubt der Essay literarische Mittel, ohne eigentlich im Literarischen, dem Reich der Fiktion, beheimatet zu sein. Einer, der diese Kunst beherrscht, ist der Schweizer Theatermacher Milo Rau. Gesammelte Essays und Kommentare sind unter dem Titel »Althusser's Hände« im Berliner Verbrecher-Verlag erschienen. Es ist ein Vergnügen, lesend den Gedanken Raus zu folgen, auch (und gerade) an Stellen, wo man möglicherweise zu Beginn anderer Meinung sein mag. Rau erörtert in »Was ist Kunst?« die Frage künstlerischer Objektivität, er schreibt über »Gegen das Drama. Gegen den Tiefsinn. Gegen die Kritik«, über »Die Dummheit der Kunst«. Doch zu wahrer Meisterschaft kommt er in seinen Text über das Rot von Coca Cola, über David Lynchs »Twin Peaks« und die Funktion der Räume in der Serie oder über die Art des Schauspiels von Nicole Kidman. An der Oberfläche der Popkultur fasst er das Wesentliche, ähnlich wie Ronald M. Schernikau in »Königin im Dreck« beispielsweise über Heiner Müller und Marilyn Monroe oder Andy Warhol. In »Wo liegt Amriswil? Nachmittag eines Linksfaschisten« erkundet Rau die Abgründe der Systemtheorie, die Beziehung zwischen Hegel und Luhmann, in »Trotzki, Weil, Wolfowitz« schreibt er über den Trotzismus als Ideologie des Krieges und in »Wollt ihr den totalen Humor?« über die Beckett'schen Qualitäten von Donald Rumsfelds »How will it end? It ends.«, befragt über den Krieg der amerikanischen Armee in Afghanistan. Mit Interesse und Phantasie geht Rau in seinen Essays an die Gegenwart und lässt sie verwandelt, deutlicher erkennbar, dem Leser zukommen – und das sollte man sich nicht entgehen lassen.

**Milo Rau: Althusser's Hände. Essays und Kommentare.**  
Verbrecher-Verlag. Berlin, 2015.

*Jakob Hayner*

**Vieles gereimt, manches nicht**

Kürzlich erschienen ist unter dem Titel »Immer noch nicht hell« ein Band mit Gedichten von Bernd Volkert. Sie behandeln, was lyrisch sich behandeln lässt: zuvorderst die Liebe, die Sprache, das Leben und den Tod. Manche sind heiter, andere schwermütig, viele sind gereimt, manche nicht. Gelungen sind sie allesamt. Um das zu zeigen, seien hier drei Beispiele angeführt:

## Bedürfnisanstalt

Das Leben lebt verkehrt herum.  
Geronnen ganz zum Resultat  
ist Mensch sich Zentrum wie auch Rad  
und sieht nur Spiegel seiner selbst.

[...]

Der Geist regiert, ganz ignorant.  
Am Ende der Geschichte also  
ihre letzte unbegriffne List:  
der Herr nun Knecht im eignen Hause ist.

Es ist möglich, mit Marxismus und Psychoanalyse Gedichte zu schreiben, die nicht albern wirken; Bernd Volkert zeigt es. (Andere haben es vor ihm auch schon gezeigt.)

## Gegenrede

Mit Inbrunst sagt der Mann:  
»Oh, glaub' mir doch: Ich liebe Dich!«  
Die Frau winkt ab und sagt:  
»Ach was! Die Triebe trieben Dich!«

Der Mann, mit Herzeleid:  
»Mein Schatz, vertraust Du mir wohl nicht?«  
Darauf küsst sie ihn und denkt:  
»Und wenn! So schlecht sind Triebe nicht.«

Ein wunderbares Stück dialektischer Kurzlyrik, dessen Witz sich aus dem Sprachspiel mit den Trieben und der Umkehrung des gängigen Werturteils über die Triebe in der letzten Zeile und deren Spannung aus dem Wechsel der Worte zwischen Mann und Frau und dem Wechsel zwischen Dialog und innerem Monolog der Frau ergibt.

## Poiesis

[...]

so daß durchs Ohr vermittelt  
die Fülle des Gehalts  
des ganzen Menschenwesens,  
sonst Chaos, schlecht gezähmt,  
frei im Ausgleich sich Dir zeigt,  
in Dir versöhnt erklingt.

Dass in der Lyrik Sprache so sich verhält, dass sie auf Versöhnung weist, dass ihre Elemente selbst im freien Spiel zu gegenseitigen Nutzen und Wohlgefallen sich sind und, streng materialistisch, Gedichtetes als das Musikalische der Sprache sich durch den Gehörgang bahnt, um verschämt aber unverzagt auf das zu weisen, was eine harmonische Ordnung sein könnte; all das klingt in den schön gebauten Versen Volkerts an. Mit der Austreibung der Naivität aus der Lyrik ist es Volkert ernst, die Gedichte haben nicht die scheinbar unmittelbare Macht der Natur, des Außer-menschlichen, zum Thema, alles ist ins Soziale, in die Liebe, die Sprache und den Dialog, gesetzt.

Bernd Volkert: Immer noch nicht hell. Gedichte. xs-Verlag. Berlin, 2015.

**Leicht ist schwer was**

„Bu! Gestanzte Phrasen! Ich will Fakten, Diagramme! Sonst glaube ich kein Wort! Luftleere Behauptungen aus sich herauslassen, das kennt man!“ Dieses Urteil, entnommen der Erzählung ‚Dr. Heinzknecht als Therapeut‘ aus dem hier besprochenen Bändchen von Markus Riexinger, könnte einem unverständigen Leser der Prosa des ‚Komikers‘ (Selbstbezeichnung des Autors) Riexinger entfleucht sein - in fehlgeleiteter Empörung über die fantastischen Zumutungen, die sich in dichter Reihe in ‚Kaktus der Verwesung‘ finden. In leichter Abwandlung lautete hingegen ein richtiges Urteil: „Bravo! Fein geschliffene Sentenzen! Er gibt Volten, bastelt Welten! Ihm glaub‘ ich jedes Wort! Luftige Erfindungen aus sich herauslassen, das kannte man so noch nicht!“ - außer vielleicht bei Boris Vian oder bei Riexingers Titanic-Kollegen Eugen Egner, um ein gewisses Literaturspektrum abzustecken, in dem sich der Autor gekonnt und mit Leichtigkeit bewegt. Auf seine sehr eigene Weise meistert er die Kunst der grotesken Fantastik. Eigen meint: mit ähnlicher Freude am heiteren Spiel wie Vian, aber durchweg in einer egnerschen derben Koketterie, mit Deformation und Gewalttätigkeit versetzt, die sich vielleicht aus derselben Erfahrung speist, die Aki Kaurismäki einmal knapp so formuliert hat: Das Leben ist hart, aber lustig. Riexingers Technik funktioniert in etwa dergestalt: Er formuliert im Prinzip keinen einzigen ‚geraden‘ Satz, also keinen, der für sich alleine sinnvollen Bestand haben würde; das heißt natürlich, daß die in den Erzählungen aneinandergereihten Sätze in einer bornierten, rationalistischen Betrachtungsweise ebenfalls weitgehend sinnfrei sind. Doch Riexinger gelingt auf dieser Grundlage die Erschaffung eines ganzen Paralleluniversums (genauer: ganzer Paralleluniversen), in dem sich meist menschliche Wesen tummeln, die durchaus der Realität abgeschaut, aber allesamt gewissermaßen minimal aus der Spur geschubst wurden. Sie können offenbar gar nicht anders, als permanent Unsinn zu treiben, ohne es zu merken. Dies fühlt sich aber bei Riexinger wie der angemessene Umgang mit einer komischen Welt an. Fühlen tut dies aber wohl nur, wer bei der Lektüre der Riexingerschen Komödien dem Ratschlag folgt: Lasst, die ihr eintretet, alle Trübsal fahren.

Markus Riexinger: *Kaktus der Verwesung*. Erzählungen, xs-Verlag, Berlin 2013

*Lionel Vico*

## Keston Sutherlands Statement für die Konferenz Revolution and/or Poetry (UCDavis, Oktober 2013)

### I

Vor langer Zeit schrieb Ezra Pound: „Der gemeine homo canis knurrt heftig bei dem Gedanken, dass es Begriffe gibt, die er nicht kennt. Er stirbt einen Tod anhaltenden Grauens bei dem Gedanken, dass selbst nachdem er das neueste Set fertiger Begriffe gelernt hat, es immer noch mehr Begriffe geben wird, dass die abscheulichen Dinge wachsen werden, trotz ihm weiter wachsen werden.“ Vor noch längerer Zeit, aber uns näherstehend, schrieb Rosa Luxemburg: „Es kann keine gröbere Beleidigung, keine ärgere Schmähung gegen die Arbeiterschaft ausgesprochen werden, als die Behauptung: theoretische Auseinandersetzungen seien lediglich Sache der »Akademiker«.“

Die einflussreichste modernistische Dichtung setzte ihre ästhetischen Prioritäten auf die dogmatische Grundlage, dass die Mehrheit der Menschen dumm ist.

Pounds Versprechen an die loyalen cognoscenti von „BLAST“, dass „der homo canis uns selbstverständlich folgen wird“, da „es die Natur des homo canis ist, zu folgen“, ist nicht nur ein fauliges Stück übriggebliebenen Nietzsches, sondern auch eine Diffamierung der Erfahrung der Arbeiterklasse.

Sein (sich als lustige manieristische Übung in faschistischen Zoten gebärdendes) Urteil besagt, dass die bewegende Macht der Kunst dieselbe Macht ist, die dumme Menschen (aus der Arbeiterklasse) zur Unfreiheit zwingt. Wohin sie sich bewegt, müssen sie folgen. Kunst beweist die Notwendigkeit blinder Getriebenheit. Ihre Macht beruht auf der ungleichen Verteilung von Intellekt als Bedingung ästhetischen Potenzials; ihre Unsterblichkeit beruht auf der Unerbittlichkeit dieser ungleichen Verteilung und der Macht der Kunst, diese auszunutzen. Luxemburgs Auffassung vom Arbeiter, dessen lebendige Arbeit bereits theoretisch ist, ist der wahre blast. Was wäre die Beschaffenheit und was die Aufgabe einer Dichtung, die von dem Prinzip ausginge, dass alle Menschen gleich intelligent sind? Wie könnte die Dichtung ihre technischen Prioritäten und die Tiefe ihrer Stimmungen entsprechend der These Jacques Rancières gestalten, die besagt, „es gibt eine Ungleichheit in den Manifestationen von Intelligenz, gemäß der größeren oder kleineren Energie, die der Intelligenz im Willen, neue Zusammenhänge zu entdecken oder zu verbinden, übermittelt wird; aber es gibt keine Hierarchie der intellektuellen Kapazität“? Wie würde eine Dichtung klingen, wie sich bewegen, deren Prinzip ist, dass radikal egalitärer Aktivismus – Aktivismus, der auf die Abschaffung sozialer Hierarchien zielt – von der Übermittlung von Energie zur Intelligenz abhängt?

### II

Dichtung, die mit diesem aktiven Prinzip ansetzt, könnte an zwei Fronten gleichzeitig agitieren. Erstens könnte sie eine schonungslose Kritik alles Bestehenden sein, das dazu dient oder sich darauf versteht, die Übermittlung von Energie an die Intelligenz zu blockieren: also die gesamte komplexe Maschinerie (die in einer Fantasie der Verachtung zu begraben oder in großen Konzepten wie „dem Spektakel“ aufzuräumen nicht genügt) der Unterdrückung und Lähmung und Vereitelung, die die Individuen der Arbeiterklasse in unentrinnbar ungleichen Leben gefangen hält. Zweitens könnte sie ein leidenschaftlich optimistisches Geschenk musikalischer und kognitiver Energie sein, das darauf zielt, das größtmögliche Maß an lebendiger und toter Erfahrung wortmächtig zu machen, zu verstärken und wiederzubeleben, die Gemeinplätze von Gefühl und Begehren zu besetzen, wo wahre Gleichheiten und die spekulative Vorahnung ihrer Beständigkeit in der Bedeutung und im Klang der Dichtung aufleuchten können, wenn auch bis jetzt nur bedingt.

### III

Eine Dichtung, die von der Gleichheit der Intelligenz ausgeht, könnte neue Möglichkeiten der Gleichheit von Erfahrung bedenken und besingen. Dazu muss Dichtung die Erfahrungen der Arbeiterklasse ernst nehmen. Lebendige Arbeit ist nicht nur eine abstrakte Kategorie, die in die politische Ökonomie gehört, sondern gleichzeitig ebenso ein spekulatives Konzept, dessen dialektische Poetik notwendig für die Kritik der politischen Ökonomie ist: die Distanz zwischen der abstrakten Kategorie der lebendigen Arbeit und ihrem spekulativen Konzept ist undenkbar ohne eine Poetik der subjektiven Transformation. Wir fühlen nicht alle dasselbe und wir wollen auch nicht alle dasselbe fühlen. Klasse, „Rasse“, Geschlecht und Sexualität sind nicht nur Kategorien, die zu Individuen hinzukommen, sondern Welten subjektiver Erfahrung, die bis in die Kapillaren und ins Knochenmark reichen. Eine aktiv egalitäre Dichtung würde von ihrem eigenen Index in dem Moment verschwinden, da sie zu behaupten versuchte, dass revolutionär subjektive Universalität genau jetzt beständig und dauerhaft gemacht werden kann, hier unten unter dem Despotismus des Kapitals, als ob das Subjekt ein Objekt wäre, dessen Rätsel nur darin liegt, wie man es richtig in Beziehung setzt oder in der Ontologie ausrichtet, wie den Dollar zum Shenzhen. Dichtung ist eine Weise, das zu verstehen und zu lernen. Sie ist, da sie unabwendbar eine repräsentierende Kunst ist, immer in Bewegung und stellt deswe-

gen Forderungen an und für reale andere Menschen und deren Anteil am Universalen; sie kann jedoch auch auf einer ästhetischen, moralischen, ethischen oder politischen Grundlage aktiviert werden, um anti-repräsentativ zu sein und für nichts als sich selbst oder für gar niemanden zu sprechen. Repräsentation ist unumgänglich transformativ: Wir missverstehen andere. Aber das ist das Risiko und der Druck, denen Dichtung nicht ausweichen kann, ohne sich mit der Rolle eines Subalternen zur politischen Ökonomie zufriedenzugeben, als wäre Respekt vor ihrer schematischen Alternative der einzige Weg für die Dichtung, den Realismus-Nachweis ihres Autors zu erbringen. Poesie wird Erfahrung nicht erst genug nehmen, solange sie nicht die Zerstörung dieser Nachweise riskiert. Mein Gefühl ist, dass das Problem revolutionär subjektiver Universalität (das akademisch gesprochen das Problem einer parteiischen Rekalibrierung von Kants ‚Subjektiven Universalien‘ ist, sodass dieser Begriff und seine Möglichkeit von der wahrgenommenen Solidarität mit Anderen an Schauplätzen aktiven Protests gegen das Kapital und seine Unterdrückungen abhängen) stärker durchleuchtet wird, je extremer die Risiken werden, die die Dichtung darin auf sich nimmt, das individuelle subjektive Leben freizulegen und zu hinterfragen. Dichtung bringt das Leben in Bewegung, indem sie das Leben riskiert. „Lyrisches Bekenntnis“ versus „formale Komplexität“ ist ein falscher Wettbewerb, dessen Funktion in der Kultur literarischer Kritik ist, von Dichtern und Lesern die formale Vielschichtigkeit der Subjektivität zu erpressen: die formale Vielschichtigkeit des Lebens selbst.

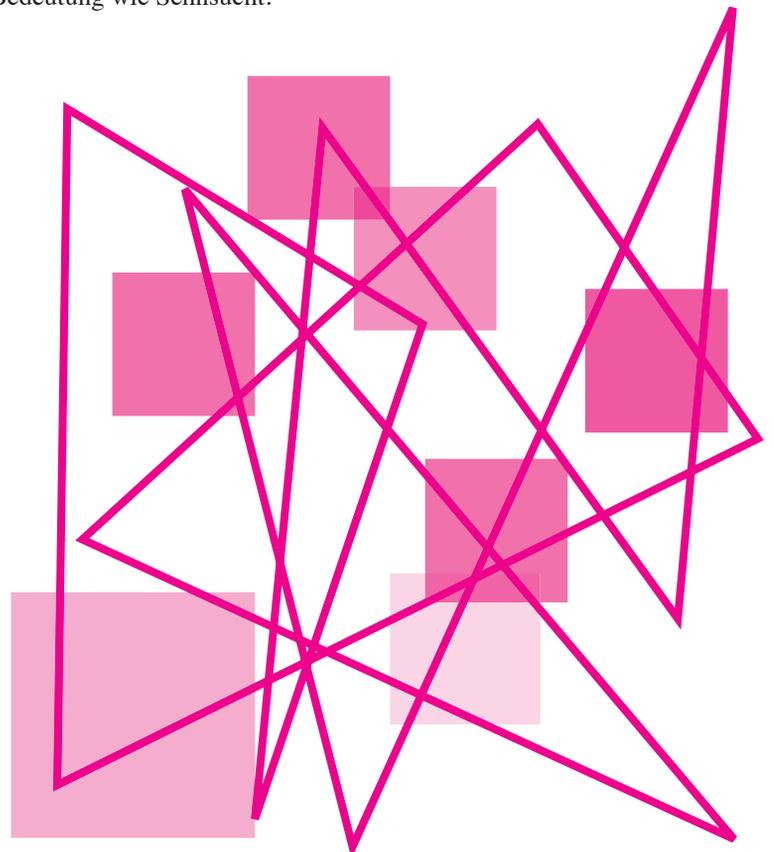
#### IV

Eine Dichtung, die energisch versuchte die Gemeinplätze von Gefühl und Begehren zu besetzen, sollte mindestens auf die Hinterfragung, manchmal aber – wenn sie das in wirklich kommunistischer Absicht kann – auf Widerstand abzielen gegen jede Form und Instanz einer abtötenden Vorschrift und Untersagung zum beschränkenden Gebrauch bindender oder gebilligter Techniken, bindender oder gebilligter Trivialisierungen von Technik, bindender oder gebilligter Entleerungen von Technik und gegen ihren allgemeinen Gebrauchswert. Der juristische Rat, dass du x, y, z nicht mehr machen kannst (reimen, deine eigene Stimme nutzen, über Erfahrungen schreiben etc.), weil die Kunstgeschichte längst daran vorbeigezogen sei (aus dem Alphabet heraus und mit Mitteln der Aufstiegsmobilität in den Weltraum), harmonisiert durch und durch mit dem Geist des Kapitals und der Mentalität seiner Karriere-klugen Manager, die

ebenso gemeinschaftlich sind auf der lebenslangen Suche nach der Effizienz in der „besten poetischen Praxis“. Dichtung kann theoretisch, musikalisch, konzeptuell, unsinnig, lärmend, abstrakt, zart, zornig, bekennend, formal komplex, misstrauisch gegenüber Pronomen und entschlossen ihre Verwendung zu riskieren, erotisch, satirisch, schüchtern, rational und delirierend auf einmal sein, nicht weil sie ein ideales Plateau bereits befreiten und offenen Ausdrucks ist oder eine virtuelle Welt jenseits der Hindernisse, des Leids und der Arbeitsteilung, in welcher wir unsere Belohnung bekommen, weil wir in das Glück der besitzenden Freiheit eintreten, sondern weil sie eine unaufhörliche Anstrengung der Vorstellungskraft und des Begehrens ist: das Subjekt in Hochbetrieb.

#### V

Die lebendige Arbeit der Poesie macht die unendliche Distanz zwischen den Menschen, die schon in dem kleinsten materiellen Abstand zwischen den Menschen eingeschlossen ist, hörbar wie Musik und verleiht ihr Bedeutung wie Sehnsucht.



# Kritische Orientierungswoche an der Humboldt-Universität

Die kritische Orientierungswoche ist eine von Student\_innen organisierte Veranstaltungsreihe, die sich zum Ziel gesetzt hat, die Universität von links zu politisieren. Sie richtet sich an jüngere Semester und will diesen den Einstieg ins Studentenleben erleichtern und die Möglichkeit eröffnen, an der Universität politisch aktiv zu werden. Unserer Einschätzung nach bricht sich spätestens seit der Bologna-Reform eine rasende Ökonomisierung der Universitäten Bahn. Schon der Bachelor in Regelstudienzeit (das BAföG-Amt sitzt uns im Nacken) wird zur Zumutung und der noch humanistisch anklingende Begriff der Bildung wird schleichend durch den der Ausbildung ersetzt: Die Universität als Zurichtungsmaschinerie für den Arbeitsmarkt. Weil wir aber glauben, dass Bildung, Wissen, Muße und all die schönen Dinge, für die hier keine Zeit zu sein scheint, unerlässlich sind für das Vermögen, unsere Lebensverhältnisse kritisch zu hinterfragen, nehmen wir die Sache selbst in die Hand! Wir glauben auch, dass all die Schweinereien nicht im luftleeren Raum stattfinden und Theoretisieren zu wenig ist. Daher verweisen unsere Veranstaltungen auch auf außeruniversitäre Kämpfe. Vom linken Film bis zu feministischen Protestformen versuchen wir viele Themen abzudecken.

Veranstaltet wird die kritische Orientierungswoche von der Kritischen Initiative HU. Wir sind eine offene, undogmatische, linke Unigruppe. Wir verstehen uns als antikapitalistisch, antirassistisch und feministisch. Die Veranstaltungen sollen auch die Möglichkeit eröffnen, uns kennenzulernen und im Idealfall bei uns mitzumachen. Weiteres unter [www.facebook.com/kritowo](http://www.facebook.com/kritowo)

## Workshops & Vorträge

### Berlin subversiv – alternative Stadtführung durch Berlin-Mitte

mit Win Windisch

5. Oktober 2015 um 16 Uhr am Haupteingang des Hauptgebäudes (UL6) bei der Helmholtz-Statue (Dauer etwa 3 Stunden)

### Feministische Ökonomiekritik oder Wer/Wie kocht und pflegt, hat System!

mit Ann Wiesental vom Netzwerk Care Revolution

6. Oktober 2015 um 16 Uhr im Hörsaal 2014B (Hauptgebäude)

### Bezahlbarer Wohnraum – Grundrecht oder Ware?

7. Oktober 2015 um 16 Uhr im Hörsaal 2014B (Hauptgebäude)

### »Vorwärts und nicht vergessen!«

Warum sich für kritische StudentInnen und Linke eine Auseinandersetzung mit der ArbeiterInnenbewegung lohnt.

mit Ralf Hoffrogge

7. Oktober 2015 um 18 Uhr im Hörsaal 2014B (Hauptgebäude)

### Sozialisation in studentischen Verbindungen

mit Kristian M. Rye

8. Oktober 2015 um 16 Uhr im Hörsaal 2014B (Hauptgebäude)

### Einführung in die Kritik an deutscher und europäischer Erinnerungspolitik

12. Oktober 2015 um 16 Uhr im Hörsaal 2091 (Hauptgebäude)

### Hinter den Brüsten – kritische Analyse des Nacktprotests

mit Theresa Lehmann und Mercedes Reichstein

13. Oktober 2015 um 20 Uhr im Hörsaal 2091 (Hauptgebäude)

### There is no Alternative to Critic – Einführung in die Kapitalismuskritik

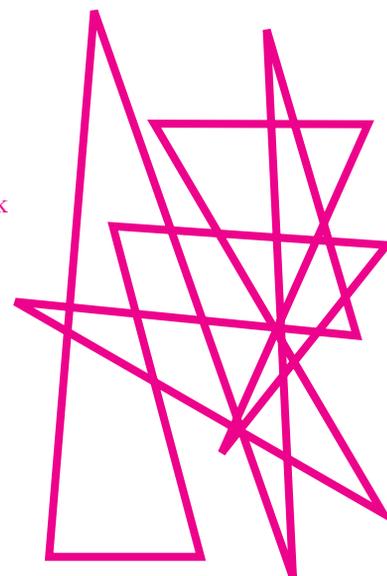
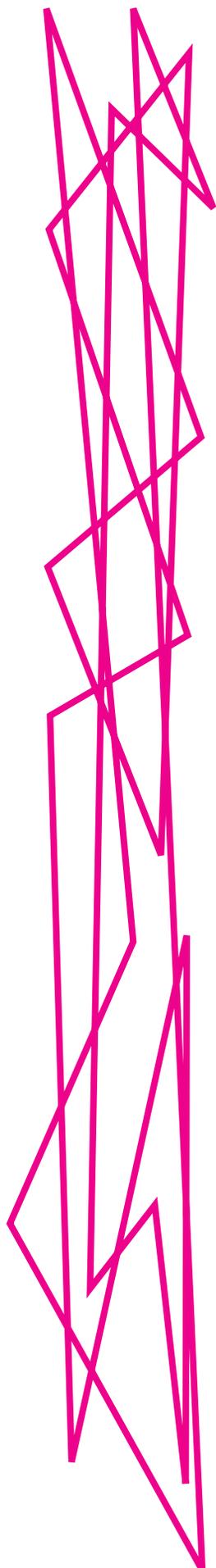
mit Frank Engster

14. Oktober 2015 um 18 Uhr im Seminarraum 2093 (Hauptgebäude)

### Krisenlösungen in der Krise: Wie das Falsche falsch erklärt wird

mit Teilen der Redaktion von »Straßen aus Zucker«

15. Oktober 2015 um 16 Uhr im Hörsaal 2094 (Hauptgebäude)



**Freitag, 9. Oktober,** 18.30 Uhr

Polymorphia - die Terror-Tunten-Nacht  
Schwuz, Rollbergstraße 26

**Freitag, 9. Oktober,** 19 Uhr

„Wo hört die Freundschaft auf? - Von der (Un)Möglichkeit gewerkschaftlicher Praxis in entgrenzter Arbeit.  
Infoveranstaltung / FAU Lokal, Lottumstraße 11

**Samstag, 10. Oktober,** 18.30 Uhr

„Fernand Pelloutier und die Arbeitsbörsen“.  
Filmvorführung und Diskussion  
Lichtblick, Kastanienallee 77

**Dienstag 13. Oktober, 19 Uhr**

„Schernikaus Blick auf die DDR“. Diskussionsveranstaltung und Lesung mit Ellen Schernikau  
Bandito Rosso, Lottumstraße 10 a

**Dienstag 13. Oktober,** 21 Uhr

Film + Küfa  
Dokumentarfilm „Orbánistan“ von Era Trammer (DE/HU 2015, 57 Min., dt.-ungar. mit dt. und ungar. Untertitel). In Anwesenheit der Regisseurin. Küfa 20.00 Uhr.  
Villa Kuriosum, Scheffelstraße 21

**Mittwoch, 14. Oktober,** 21 Uhr

„Sacco e Vanzetti“ (Italy 1972, Italian with English subtitles, 120 Min.). Filmvorführung  
Meuterei, Reichenberger Straße 58

**Donnerstag 15. Oktober,** 19 Uhr

Kälteschutz Einführungstag:  
Es wird kalt! Deshalb sucht der Kälteschutz im Mehringhof wieder nach neuen Mithelfenden.  
Mehringhof, Gneisenaustraße 2a

**Donnerstag 15. Oktober,** 18 Uhr

Politisches Café  
Film: Die Dokumentation „Töten per Joystick“ von John Kantara über Kampfdrohnen  
20 Uhr Infoveranstaltung + Buchvorstellung  
„Staatsaffäre Nationalsozialistischer Untergrund (NSU). Eine offene Untersuchung“. Infoveranstaltung und Buchvorstellung mit Prof. Dr. Hajo Funke.  
beides im: Zielona Gora, Grünbergerstraße 73

**Freitag 16. Oktober,** 21 Uhr

„Den aktiven Campus verteidigen!“ Party und Küfa  
AStA TU Berlin, TK-Gebäude, Straße des 17. Juni 135.

**Samstag, 17. Oktober,** 22 Uhr

Soliparty für die Kämpfe der Friedelstraße 54 und der Schrauderstraße 16  
ZGK, Scharnweberstraße 38

**Sonntag, 18. Oktober,** 14 Uhr

Anarchismus in Kreuzberg bis 1933. Stadtführung veranstaltet von der Gustav-Landauer-Denkmal-Initiative. Dauer von 14:00 bis 17:00. Beitrag: Spende  
Treffpunkt vor Oppelner Straße 45 (nahe U-Bahnhof Schlesi-sches Tor)

**Sonntag, 18. Oktober,** 19 Uhr

„Ernst Thälmann - Sohn seiner Klasse“ (DDR 1954, 127 Min.), Filmvorführung und Küfa  
WB13, Am Berl 13

**Sonntag, 18. Oktober,** 20 Uhr

„Die Übergangsgesellschaft“ (Maxim-Gorki-Theater 1988 von Volker Braun, 110 Min.). Filmvorführung und Diskussion  
Baiz, Schönhauser Allee 26a

**Dienstag, 20. Oktober,** 21 Uhr

„Europa“ (DK 1991, 112 Min., OmU).  
Filmvorführung und Küfa  
Scherer8, Schererstraße 8

**Mittwoch, 21. Oktober,** 19.30 Uhr

Eva Ruth Wemme: Meine 7000 Nachbarn.  
Lesung des Verbrecher-Verlags  
Schankwirtschaft Laidak, Boddinstraße 41/42

**Donnerstag, 22. Oktober,** 19 Uhr

„Chronik einer Hinrichtung - Die letzten Worte der Francis Newton“ (USA/BRD 2006, dt. Fassung). Filmvorführung, danach entweder Filmgespräch mit Thomas Giefer (einer der Filmemacher\*innen) oder Kurzvortrag zur Todesstrafe.  
Galerie Olga Benario, Richardstraße 104

**Sonntag, 25. Oktober,** 20 Uhr

„Die Zeit ist aus den Fugen“ (D 1990, 100 Min., Christoph Rüter) Filmvorführung  
Baiz, Schönhauser Allee 26a

**Dienstag, 27. Oktober,** 21 Uhr

„The Truth lies in Rostock“ (GB/D 1993, 81 Min., Mark Saunders). Filmvorführung und Küfa  
Scherer8, Schererstraße 8

**Donnerstag, 29. Oktober,** 18 Uhr

„Ein Augenblick der Freiheit“ (Ö/F 2008, 110 Min., Arash T Riahi). Filmvorführung  
Zielona Gora, Grünbergerstraße 73

**Freitag, 30. Oktober,** 19 Uhr

„Friedrich Hölderlin als Dichter der Anarchie“. Vortrag und Diskussion mit Johann Thun  
Bibliothek der Freien, Greifswalder Straße 4, 2. Hof, Raum 1102

**Montag, 2. November,** 19.30 Uhr

„Sequenza violenta“ - Spielfilm (digital) über Leben und Sterben von Pier Paolo Pasolini. Filmvorführung mit dem Regisseur Fränk Heller  
Schankwirtschaft Laidak, Boddinstraße 41/42

**Mittwoch, 4. November,** 19.30 Uhr

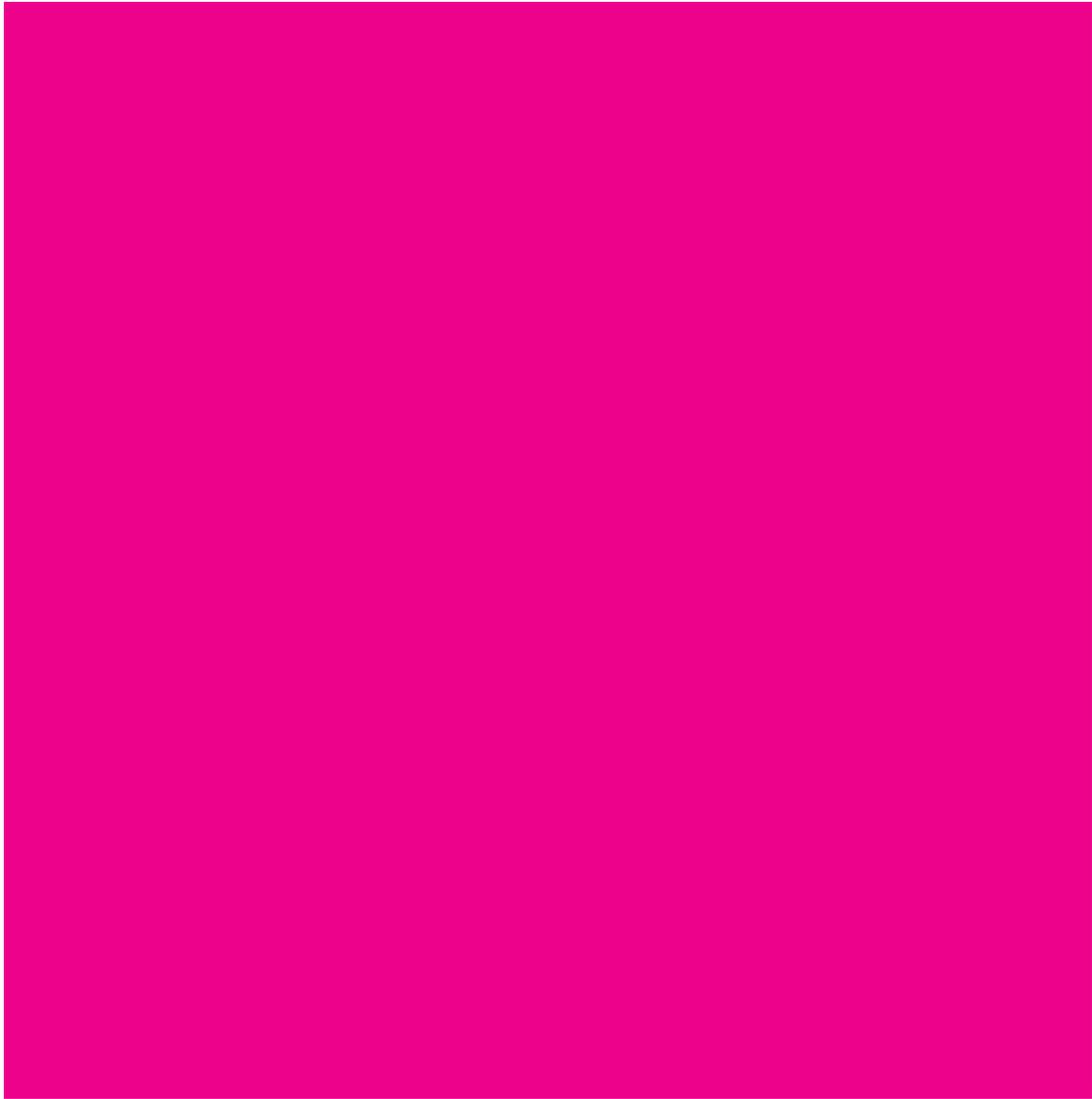
»Sin Patrón – Herrenlos. Arbeiten ohne Chefs.« Buchvorstellung, Vortrag und Diskussion mit Daniel Kulla über besetzte Fabriken in Argentinien  
Humboldt-Universität Hauptgebäude, Unter den Linden 6, Raum wird beschildert

**Sonntag, 22. November,** 20 Uhr

„Edelweißpiraten“ (Spielfilm von Kiki und Niko von Glasow, 111 Min.) Filmvorführung  
K9, Kinzigstraße 9

**Montag, 7. Dezember,** 19.30 Uhr

Die Jungle World präsentiert: Stefanie Sargnagel liest aus „Fitness“  
Schankwirtschaft Laidak, Boddinstraße 41/42



## impressum

*„A dynamic university in a modern population centre simply can't be isolated from the realities, human or otherwise, that surround it.“*  
Hunter S. Thompson

**Anschrift:** HUch! Zeitung der Studentischen Selbstverwaltung

Unter den Linden 6, 10099 Berlin // [huch@refrat.hu-berlin.de](mailto:huch@refrat.hu-berlin.de) // [www.refrat.de/huch](http://www.refrat.de/huch)

HerausgeberIn: ReferentInnenrat der Humboldt-Universität zu Berlin (ges. AStA).

**Redaktion:** Janina Reichmann, Helga Haut, Hannah Haar und László Lebherz, Layout und Illustrationen: Lukas Mertens, Fotos: Janina Reichmann, Druck Union Druck, Auflage 3.000

Alle Beiträge stehen, soweit nicht anders angegeben, unter Creative Commons License. Verwendung und Bearbeitung unter folgenden Bedingungen:

/// Angabe der Autorin oder des Autors    /// Nichtkommerzielle Verwendung    /// Weiterverwendung unter den gleichen Bedingungen

Die einzelnen Artikel geben im Zweifelsfall nicht die Meinung der Redaktion und/oder des gesamten RefRats wieder. Für die Selbstdarstellungen studentischer Initiativen zeichnen weder die Redaktion noch der RefRat verantwortlich. Redaktionsschluss für die 84 ist der 15. Dezember.